ZECK

Nr. 130 Januar / Februar 06

das Info aus der Roten Flora



Vorwort

Dieses mal wieder mit. Ihr findet in diesem Heft einiges zu den aktuellen Naziaktivitäten, eine Nachbereitung zum Castortransport und zum Wasserturmwiderstand. Wir waren auch sehr erfreut über zwei LeserInnenbriefe, die sich auf Artikel unserer letzten Ausgabe bezogen haben und auch weitere Zusendungen. Weiter so, davon wünschen wir uns mehr.
Im Laufe der kommenden Wochen wird die komplette Videoüberwachung der Reeperbahn eingeführt. Dazu haben wir noch nichts zugesandt bekommen. Ist schade, aber nicht so schlimm, denn für unsere nächstes Erscheinen planen wir eine Schwerpunktausgabe zum Thema Repression. Es wäre wünschenswert (auch für Euch) wenn uns dazu viele Texte erreichen würden. Unseres Wissens gibt es hiezu genug Gruppen die sich mit diese Thematik in unterschiedlicher Weise auseinandersetzen: von Sozialabbau bis Studiprotesten. Ansonste wünschen wir allen ein widerständiges, aktives 2006.

Die Zeck-Redaktion

Inhalt



... auf dem Weg zur Reifeprüfung?
Abtransport nach Nazi-Konzert am 05.11.05 (siehe Artikel)

INFOLADEN
SCHWARZMARKT

BÜCHER, BROSCHÜREN, ZEITSCHRIFTEN, ARCHIV, MERCHANDISE, EIS, INTERNET, AKTUELLE INFOS, ...

Kl. Schäferkamp 46 - 20357 HH
Fon: 040 446095 - Email: infoladen-hamburg@web.de
MO, MI & FR: von 15.00 - 19.00 Uhr

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden.
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschikken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Ausstellungsankündigung

Fotoausstellung
„Nur die Sterne waren wie gestern"
über Henryk Mandelbaum, Häftling im Sonderkommando von Auschwitz

Henryk Mandelbaum musste bei den Krematorien in Auschwitz – Birkenau arbeiten: die Leichen der Ermordeten aus den Gaskammern schleppen, ihnen die Haare abschneiden und die Goldzähne herausbrechen. Sie dann zu den Öfen oder den Verbrennungsgruben hinter dem Krematorium schleifen um sie dann dort zu verbrennen. Henryk Mandelbaum war Häftling im Sonderkommando von Auschwitz, einer von Hunderten jüdischer Sklavenarbeiter in der Todeszone. Das war ab Frühjahr 1944 bis Januar 1945.
Das zentrale Thema der Ausstellung ist der Mensch Henryk Mandelbaum. Wie hatte ihn sein kurzes 20-jähriges Leben, sein Leben in einer armen jüdischen Familie im Vorkriegspolen geprägt, bevor ihn die Gestapo schnappte? Was hat er in Auschwitz gesehen, erlebt, überlebt? Wie hat er sich aus der Einsamkeit seiner grauenhaften Erfahrungen ins Leben zurück finden können? Was hat Auschwitz aus ihm gemacht und was hat er aus seinen Erfahrungen gemacht? Eindringliche Fotografien und knappe Texte geben ganz persönliche Antworten auf diese Fragen.

Zu der Ausstellung ist eine Veranstaltungsreihe unter anderem mit Henryk Mandelbaum geplant. Vom 26. Mai bis 29. Juni in den Räumen der Finanzbehörde am Gänsemarkt.

::

Aktionswochenende in Hamburg zum 25.11.: Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen



Weltweit protestierten rund um den 25.11. viele feministische Gruppen und Organisationen gegen die ungebrochene offene Männergewalt und die alltäglichen patriarchalen Strukturen. Das Datum geht zurück auf den 25.11. 1960. Damals wurden die drei Schwestern Mirabel, die gegen die brutale Militärdiktatur in der Dominikanischen Republik gekämpft hatten, vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter grausam ermordet. Lateinamerikanische und karibische Feministinnen erklärten daraufhin im Jahre 1981 den Todestag der drei Schwestern zum "Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen".

In Hamburg fanden dazu am 25./26.11. Demonstrationen und vielfältigste Aktionen statt, an denen sich rund 200 FrauenLesbenTransgender (mit und ohne Migrationshintergrund) aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligten.

Am Freitag - dem Aktions- und Gedenktag selbst - fand eine (wetterbedingt) eher kleine Demo in der Innenstadt statt. Am Samstag wurden die Aktivitäten fortgesetzt und es beteiligten sich etwa 130 Aktivistinnen bei strahlend blauem Himmel an einer Stadtralley mit vielen verschiedenen Aktionen:

- Putzaktionstheater in der U-Bahn zur Thematisierung der Situation papierloser Reinungskräfte
- Innenstadtkundgebung zu den ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der weltweiten Textilindustrie, in der vor allem Frauen arbeiten; Hierbei wurden mehrere hundert "Denkzettelchen" in den Kleiderständern der Geschäfte hinterlassen. Außerdem gab es vor Tschibo einen Redebeitrag (per Megafon), denn wie erst durch die „clean clothes campaign„ breiter bekannt wurde, ist Tschibo über viele seiner Textilbilligprodukte in das schmutzige Geschäft mit den ausbeuterischen Zulieferfirmen verwickelt.
- am Bahnhof (mit gutem Blick auf's Eingangsportal) wurde mit lauten Parolen und großen Transpis die hamburger Abschiebpraxis kritisiert. Konkret wurde ein Bus der Firma „Hansa-Rundfahrt„ blockiert. Denn „Hansa-Rundfahrt„ bietet nicht nur Stadtrundfahrten an, sondern transportiert auch Abschiebehäftlinge zu den Flughäfen in Frankfurt und Düsseldorf. Unmittelbarer Aufhänger war eine erst jüngst bekannt gewordene Abschiebung einer afghanischen Frau, die einer in Afghanistan extrem verfolgten Hindu-Minderheit angehört. Besonders diese Aktion war ein voller Erfolg. Denn schon öfters hat diese Aktion mit 2-3 Personen stattgefunden; durch die große Aktivistinnenzahl konnte jetzt jedoch erreicht werden, dass der Bus der „Hansa-Stadtrundfahrt„ fast leer geblieben ist.
- in Altona/Ottensen gings dann weiter mit einem Dialog-Theater zur rassistischen Gewalt und Diskriminierung von Flüchtlingen in der Gesundheitsversorung - wobei die Aktion in gemeinsamer Kooperation von FrauenLesbenTransgender aus dem bundesweiten no-lager-Netzwerk vorbereitet worden war. 2 Gruppen stellten gemeinsam je eine Person dar: auf der einen Seite Arzt und Sozialamtsangestellter, auf der anderen Seite eine Asylbewerberin. Durch das chorale Sprechen der beiden Gruppen waren diese „Gespräche„ sehr lautstark und erregten in der interessierten ottenser Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit, was natürlich auch unter den Aktivistinnen für gute Stimmung sorgte.
-am Ende wurde die Ralley abgerundet, indem an gut sichtbaren Orten noch einige kleine Transpis und ein Riesentranpi aufgehängt wurden.

Somit endete ein erfolgreicher Aktionstag, der Lust auf mehr macht, vor allem weil es ja leider nicht so ist, dass Gewalt gegen FrauenLesbenTransgender und Mädchen kein aktuelles Thema mehr wäre (und zwar überall auf der Welt, nicht nur in Lateinamerika, Indien oder Afrika!!!). Hier sollte zukünftig wieder mehr laufen, ob in linksradikal Feministischen oder anderen Zusammenhängen.

::

Das Soziale Zentrum Norderstedt wurde am 30.12.05 von der örtlichen CDU abgerissen

Allerdings nicht ohne vorher ein weiteres Mal ihre Macht und politische Abneigung zu demonstrieren, indem sie mit Hilfe der Polizei die Gebäude schon vier Stunden vor Ablauf des gerichtlich festgesetzten Übergabetermins in Beschlag nahm.
Damit hat sich die CDU eines weiteren missliebigen Projektes entledigt. Das SZ war ein wertvoller Ort der Kommunikation für Jugendliche und Erwachsene gleichermassen. In der Einrichtung setzte man sich kritisch mit gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen auseinander, man diskutierte neue soziale Wege innerhalb der Gesellschaft und versuchte nicht zuletzt zusammen ein solidarisches Miteinander zu leben. In über 10 Jahren ist ein sozialer

und kultureller Treffpunkt entstanden, der für viele Menschen sehr wichtig geworden ist. Der Abriss der Gebäude ist für die NutzerInnen des SZ ein grosser Verlust. Das bedeutet aber nicht, dass wir kapitulieren, im Gegenteil: Es muss weiterhin ein Soziales Zentrum in Norderstedt geben, weil es wichtig ist, dass es Alternativen gibt zu Konsum- und Profitorientierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung.
Deshalb wird weiter verstärkt nach neuen Möglichkeiten gesucht, das Projekt unterzubringen.



Das wöchentliche Treffen des Hausplenums findet weiterhin statt und die Vereinskneipe weicht vorübergehend nach Hamburg in den Linken Laden im Schäferkamp 46 aus (Donnerstags ab 20 Uhr).

::

Berlin / Einstellung in 1. Mai-Prozess

Anfang Dezember fand ein weiterer Berufungs-Prozess gegen Clemens G. statt. Er wurde am 1. Mai 2000 festgenommen und von Zivis zusammengeschlagen und saß damals in U-Haft. Der derzeitige Berufungs-Prozess endete überraschend mit einer Einstellung - so daß die bis Ende diesen Jahres vorgesehenen Prozesstermine ausfallen.
Clemens G. wurde am 1. Mai 2000 (damaliges Demo-Motto: "Imperialistische Zentren angreifen!") von Zivilbullen der heutigen PMS festgenommen und stundenlang in einer Wanne herumgefahren wobei er von den Zivis geprügelt wurde.
Später saß er mehrere Monate in U-Haft und kam nur durch eine sehr hohe Kaution wieder raus. Er sollte zu einigen Jahren Bewährung verurteilt werden und ging daher in Berufung um das politische Konstrukt der Staatsanwaltschaft und der Justiz zu entlarven. Jahrelang blieb der Haupt-Bullenzeuge der Verhandlung mit immer neueren Ausreden und Krankschreibungen fern, so daß dieser Hauptbelastungszeuge im letzten Prozess auch für die Richter nicht mehr glaubwürdig erschien. Auch die Staatsanwaltschaft war sicherlich froh, daß der weitere geladene Zivibulle der allseits in Berlin bekannten PMS-Staatsschutzbullen nicht mehr angehört werden brauchte um sich in konstruierte Aussagen zu verlieren. Daher endete das Ganze mit einer Einstellung und 60 Arbeitsstunden für Clemens G. Alle weiteren Prozesstermine, u.a. kurz vor Weihnachten und kurz vor Sylvester angesetzt fielen daher aus.
Eine ausführlichere Prozessbeschreibung folgt in Kürze.

::

Salem (Schweden) - Bericht von Naziaufmarsch
Naziaufmarsch in Schweden - mindestens zwei Antifas aus Berlin langfristig festgenommen

Am 10.12 marschierten ca 1000-1200 Neonazis durch Stockholm, Ortsteil Salem. Unter den protestierenden Antifas waren auch ca. 60-100 Antifas aus Deutschland. Nachdem die Blockaden an den Bahnhöfen durch die schwedische Polizei durch massive Gewalt aufgelöst wurden, wurden zwei Berliner Antifas in Untersuchungshaft genommen. Bei einer Spontandemonstration in der Stockholmer Innenstadt gingen daraufhin ca. 30-40 Schaufenster zu Bruch und es war massiver Barrikadenbau zu sehen. Mit dabei Zivil-Polizeigruppen in der Stärke von 20-30 Mann, die immer wieder in einzelne Antifa-Gruppen ohne erkennbaren Grund hineinprügelten. Insgesamt gab es wohl 80-100 Festnahmen ohne erkennbaren Grund.

::

Gegendemo: Nichts entschieden

Verwirrung um die geplanten Gegendemonstrationen zum Neonazi-Aufmarsch am 28. Januar in Celle. Bislang haben drei Organisationen nach eigenen Angaben Anträge bei der Stadtverwaltung gestellt. Das will die Stadtverwaltung allerdings nicht bestätigen. "Es liegt ein Antrag vor. Über den Inhalt sagen wir nichts. Anfang des Jahres gibt es ein koordinierendes Gespräch mit dem Antragsteller. Das Ergebnis ist derzeit offen." So lauten die knappen Angaben von Stadtsprecher Wolfgang Fischer zu dem Thema. Weitere Informationen will er zu diesem Thema derzeit nicht machen. So bleibt weiterhin offen, welcher Antrag bei der Stadt eingegangen ist und warum die anderen Anträge der Stadtverwaltung nicht vorliegen. Die Celler Wählergemeinschaft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) hatte bereits im Oktober einen Antrag für eine Kundgebung auf dem Kiemen Plan eingereicht. Das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus hat sogar gleich zwei Demonstrationsrouten angemeldet. Eine, die sich mit dem Weg der Nazi-Demo überschneidet und ein weitere, die in gebührendem Abstand zu den Nazis verläuft.

In dem Forum haben sich unter anderem Parteien, der DGB, die Kirche und die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes zusammengeschlossen. Ob sich die verschiedenen Gruppen noch auf eine einheitliche Linie einigen können, ist derzeit noch völlig offen. "Wir bleiben grundsätzlich bei unserem Antrag", sagte gestern WASG-Sprecher Udo Morig.

::

Die Potsdamer Justiz und der Fall einer jungen Aktiven: Julia S. ist frei.

Ihre Freunde in Potsdam haben die junge Antifaschistin nach fünf Monaten in Untersuchungshaft mit einer Begrüßungsparty empfangen.
Doch nach wie vor wird gegen die 21-jährige Potsdamerin und vier weitere Jugendliche der Vorwurf des versuchten Mordes erhoben. Die Potsdamer Soligruppe, die sich für die Angeklagten einsetzt, hält den Tatvorwurf für falsch und ist überzeugt: "Die Staatsanwaltschaft versucht, mit dem Fall Politik zu machen." Seit 20. Juni 2005 saß Julia S. in der Untersuchungshaft der JVALuckau-Duben. Organisationen, Gruppen und einzelne Persönlicheiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur hatten sich in einem offenen Brief für ihre Freilassung eingesetzt. Julia war mit vier anderen, zuvor gegen Auflagen aus der Haft entlassenen Personen am Abend des 18.Juni in der Potsdamer Innenstadt festgenommen worden. Vorausgegangen war eine tätliche Auseinandersetzung der Gruppe mit einem bekannten Neonazi, der leicht verletzt wurde.
Weil dabei auch ein Teleskopstock benutzt worden sein soll, sieht die Staatsanwaltschaft die Tatmerkmale des gemeinschaftlichen Mordversuchs gegeben.

::

Flora-Baugruppe

Das Plenum der Baugruppe trifft sich jeden Montag um 19 Uhr am Tatort (Bauraum) und freut sich auf viele TeilnehmerInnen.

Studidemo vom 17.12.05

Die Demo wandte sich gegen Studiengebühren und der damit verbundenen Abschaffung der Chancengleichheit. Zudem richtete sich die Demo auch explizit gegen das repressive Vorgehen des Rechtssenates bei den vorhergegangenen StudentInnenprotesten. Hier kam es auf der Seite der DemoteilnehmerInnen zu mehreren Verletzten. Anlass sich lauthals zu Wort zu melden, gibt es wahrlich genug. Umso weniger nachvollziehbar war es, dass die TeilnehmerInnenzahl mit anfangs 400 und später 800 Menschen weit unter den Erwartungen blieb. Nachdem die letzten Demos mit rund 2000 Menschen gut besucht waren, stellt sich nun die Frage warum an diesem Tag die Beteiligung so gering ausfiel.
Im Gegensatz zu sonst war bei dieser Demo ausdrücklich das Hüpfen erlaubt, was dann auch alle (ziemlich nervig) auf Kommando (unentwegt) taten. Ansonsten war die Stimmung ganz gut. Leider auch hier wieder das nervige Dauerspalier, sprich Wanderkessel, und die obligatorische 1:1 Betreuung.

::

Leserbrief: Von Feindbildern und Wunschträumen

Liebe Genossinnen und Genossen,
in der Zeck Nr. 129 von November 05 machten mich drei Beiträge frieren und schütteln:

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Deister wendet sich gegen den General Scharnhorst, weil er Anfang des 19. Jahrhunderts in Preußen die Wehrpflicht einführte, die Nazis Kriegsschiffe nach ihm benannten und heutzutage für Rekrutengelöbnisse herhält. Scharnhorst gehörte mit Stein und Gneisenau zu einer Gruppe von Reformern, die wegen der Niederlage Preußens gegen das nachrevolutionäre Frankreich 1806/7 eine „Revolution von oben" organisierten (Aufhebung der Leibeigenschaft, städtische Selbstverwaltung, Zurückdrängung der Adelsprivilegien, Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, Konzeption einer Nationalversammlung). Die Einführung einer Wehrpflicht wie in Frankreich diente dazu, die Kriegsfähigkeit zu stärken. Sie sollte jedoch auch die Vormacht des reaktionären preußischen Militäradels brechen, der bis dato nur seine leibeigenen Bauern als Kanonenfutter drillte.
Nach dem endgültigen Sieg über Frankreich 1815 setzte sich in Europa die Reaktion durch, ähnlich der heutigen Zeit nach 1989. Das preußische Militär wurde wieder gänzlich ein Hort anti-demokratischer Kräfte. Der preußische Militarismus mündete nicht nur im 1. Weltkrieg und der Niederschlagung der Revolutionen von 1848 und 1918, sondern auch im deutschen Faschismus. Hätten sich Scharnhorst und seine Kollegen durchgesetzt, wäre der Gegner für die sozialistische Linke eine bürgerliche Demokratie und nicht die verkappte preußische Militärdiktatur und der Nationalsozialismus gewesen. Den Unterschied mag sich jede/r überlegen.

Der Beitrag von r.baku das „Schanzenfest Rockt", rockt nicht wirklich. Bis zum Abend soll „das Fest ein großer Erfolg" gewesen sein (Bühnenaufbau vor der Roten Flora, Redebeiträge, Infostände und eine Aktion mit nachgestellten Überwachungskameras) einschließlich des „nebenher" laufenden Flohmarktes. Wahrscheinlich waren r.bakun und ich auf unterschiedlichen Veranstaltungen. In den letzten Jahren wurden die politischen Aktionen in und um das Viertelfest immer weniger. Das Verbot der Polizei bzw. der angebliche Deal keine Wasserturmdemo zu machen war gänzlich überflüssig, weil es überhaupt keine organisatorische und politische Substanz für eine solche Demo gab. Der Flohmarkt ohne Standgebühren ist wie jedes Jahr das Hauptspektakel für die Straßenkids genauso wie für die angrenzenden Dönerbudenbesitzer. Was das mit, wie es im Beitrag heißt, „breiter Beteiligung aller Leute, die sich in der Schanze aufhalten" zu tun hat, ist eindeutig. Es ist nur eine weitere Variante alternativer bis yuppihafter Konsumverliebtheit. Mit einer widerständigen Perspektive hat es kaum was gemein. Wenn mensch mal davon absieht, dass das Fest auf der Selbstverständlichkeit beruht, nicht bei den örtlichen Ordnungshütern angemeldet zu werden.
Zum Schluß des Beitrages kritisiert r.bakun noch, dass der nachfestliche „Krawall von immer mehr Leuten als der eigentliche Sinn des Straßenfestes verstanden wird". Ich vermute mal, dass r.bakun scheinheilig unterschlägt, dass er/sie ohne die Militanz (als sich nicht an die bürgerlich-staatlichen Vorgaben haltend) der Vergangenheit und Gegenwart auf keine linke Infrastruktur zurückgreifen könnte. Und ohne dies wäre vielleicht selbst seine Anpolitisierung ausgeblieben.

Die Feministische Aktion spricht sich gegen das „Pornokino B-Movie" aus. Dass Pornofilme nichts mit sozialer Befreiung zu tun haben, sondern mit der Verdinglichung von Frauen sollte klar sein. Dass das B-Movie „in unseren Vierteln und in der linken Szene nichts zu suchen hat" und deshalb „raus aus dem Viertel soll", ist dagegen nicht so klar. Wenn sich das B-Movie die Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen zueigen macht, dann ist es nicht mehr links. Dann sind der Beitrag der Feministischen Aktion genauso wie andere Auseinandersetzungen notwendig.
Was wäre aber mit der geforderten Säuberung (nach meiner Einschätzung ein recht deutsches Konzept) gewonnen? Das ganze auf den „Kiez verjagen", wie in dem Beitrag gefordert, macht das irgend etwas besser? Wenn ich richtig informiert bin, existieren auch nördlich des B-Movies Bordelle, nicht nur südlich um die Reeperbahn. Wie steht es dort mit dem Angriff auf unser Viertel? Der Viertelmythos steht schon viel zu lange für eine Homogenisierung von links, mit der die Widersprüche in der Gesellschaft und innerhalb der Linken weggedrückt werden.

Euer Viertellinker

::

Eine Baustelle ist noch kein Hotel!

1 Jahr Widerstand gegen das Hotel im Wasserturm
Aus gegebenen Anlaß:
Demo: 14.1.06, 15 Uhr Sternschanze
Nicht's wie hin da!





Aufrufe zum Aktiv-Urlaub

Die Monate Januar und Februar bieten sich hervorragend für einen Winterurlaub an. Damit ihr ein wenig Abwechslung zwischen den weißen Bergen und schnellen Pisten habt, drucken wir nachfolgend Auszüge aus zwei Aktionsaufrufen ab.
Am 21. Januar wird es in der ganzen Schweiz ein Aktionstag gegen das World Economic Forum (WEF) geben. 1971 leitete der Unternehmer Klaus Schwab die Gründung des WEF ein, das sich zu einem Treffen von geladenen Wirtschaftsvertreter_innen, Parlamentarier_innen und Vertreter_innen internationaler Institutionen, wie WTO, IWF und Weltbank, entwickelt hat. Ziel des Forums ist es, die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und somit eine informelle Kontrolle auszuüben. Das WEF selbst brüstet sich damit, bei der Umsetzung der Strategien der multinationalen Konzerne und deren Staaten "Resultate vorantreiben und ihre Profite maximieren zu können". Nachdem in den letzten Jahren die Proteste in Davos selbst durch weiträumige Abschottung behindert wurden, rufen Aktivist_innen in diesem Jahr zu einem schweiz-weiten Aktionstag auf.
Anfang Februar findet dann das alljährliche Treffen der Nato-Sicherheitskonferenz in München statt. Die Proteste dagegen werden regelmäßig von brutalen Übergriffen der Sondereinsatzkommandos, massenhaften Zivilbullen und juristischen Repressionen begleitet. Trotz alledem finden sich jedes Jahr tausende Demonstrant_innen auf dem Marienplatz in München ein.

zeck-redaktion

Das WEF ist überall - wir auch!

Wie jedes Jahr treffen sich Ende Januar die selbst ernannten "Global Leaders" zum WEF-Jahrestreffen in Davos. Die 1000 größten Firmen der Welt sind zum privaten Treffen geladen, die Bevölkerung bleibt ausgesperrt. So undurchsichtig die Veranstaltung aber ist, so unübersehbar sind die Folgen der Machenschaften dieser Konzerne: Menschenrechtsverletzungen aus Profitgier, skrupellose Umweltverschmutzung, fortschreitende Umverteilung von "unten" nach "oben". Diesen Januar gibt sich das WEF das Motto "Mastering our Future" - "unsere Zukunft meistern". Dies zeigt, um was es den Konzernchefs geht: Sie wollen unter sich nicht nur über ihre, sondern auch über unsere Zukunft bestimmen. (...)
Unser Widerstand ist nötiger denn je! Wir wollen unsere Zukunft selber bestimmen. Wir wehren uns gegen die Politik der Mächtigen, die sich gegen die Bevölkerung richtet. Ausbeutung der Dritten Welt, Sozialabbau, Fremdenfeindlichkeit, Krieg und Militarismus, Angstmacherei, Grundrechtsabbau und Überwachungsstaat, Sexismus und Homophobie werden von uns nicht akzeptiert. Wir kämpfen für eine solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft, für die Selbstbestimmung aller Menschen. (...)
Wir rufen deshalb dazu auf, der Kritik am WEF am 21. Januar 2006 durch einen gesamtschweizerischen Aktionstag Ausdruck zu verleihen. In jeder Stadt und in jedem Dorf soll der Widerstand durch kraftvolle öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen, Infoveranstaltungen und kreative Aktionen sichtbar werden. Wir lassen uns nicht auf Provokationen von Polizei und Militär ein. Unsere dezentralen, koordinierten Aktionen sollen eine Unterdrückung des Protests verunmöglichen. Durch Aktionen, die überall stattfinden, setzen wir ein Zeichen der Stärke gegen die Mächtigen der Welt.

Weitere Infos: http://www.nodemo.ch/

Aufruf zu den Protesten gegen die Siko der Nato

Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Kriegsplaner in München weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit treffen konnten. Inzwischen müssen sie sich hinter einem Großaufgebot der Polizei verschanzen, denn seit Jahren konfrontieren tausende Menschen die Generäle, Kriegsminister und Waffenlobbyisten mit ihrem Widerstand. Gründe dafür gibt es genug: Die deutsche Bundeswehr feiert sich im 50. Jahr ihres Bestehens als weltweit agierende "Friedenstruppe" und verstärkt ihre Beteiligung am "Anti-Terror-Krieg" u.a. in Afghanistan; die USA und Großbritannien schreiben mit ihrem Besatzungsregime im Irak einen Zustand fest, der für die dort lebenden Menschen Überlebenskampf und Terror bedeutet; die Herrschenden in der EU treiben trotz des Scheiterns der EU-Verfassung den Aufbau einer europäischen Militärstreitmacht weiter voran; der vermeintliche Schutz vor Terrorangriffen dient als willkommene Steilvorlage für rassistische Ausgrenzung, Repression und Entrechtung. Dafür werden die Exponenten dieser Politik vom 3. bis 5. Februar 2006 im Hotel Bayerischer Hof in München zusammenkommen. Bereiten wir ihnen einen gebührenden Empfang!

Siko Reloaded

Die Sicherheitskonferenz (SiKo), veranstaltet von Horst Teltschik und finanziert von der Bundesregierung ist eine bedeutende Schnittstelle zwischen Staaten, Militärs und Privatwirtschaft, bei der Militärstrategien und ökonomische Interessen aufeinander abgestimmt werden. Weltweite Kriege und die damit einhergehende militärische Besatzung im Irak und in Afghanistan, standen in den letzten Jahren ganz oben auf dem Programm. Die deutsche Regierung nutzt die SiKo als wichtiges Forum, um die Militarisierung der EU voranzutreiben und sich als militärischer Global Player zu präsentieren. 2005 fand in München eng verzahnt mit der SiKo, die Finanzierungskonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zu Nordafrika, Mittelost und Irak statt:
In der thematischen und personellen Überschneidung spiegelt sich der Zusammenhang von kapitalistischer Globalisierung und ihrer militärischen Absicherung. Nachdem die Siko durch die starken Antikriegsproteste in Legitimationsschwierigkeiten geraten war, versuchten die Veranstalter der SiKo 2005 mit der Einladung von UN-Generalsekretär Kofi Annan der Zusammenkunft den Anstrich einer "Friedenskonferenz" zu geben. Der Ausrichtung der Veranstaltung entsprechend rechtfertigte Annan in seiner Rede Präventivkriege.
Die nächste SiKo wird der EU und den USA Gelegenheit bieten, ihre Kriegsplanung gegenüber dem Iran abzustimmen. Die VertreterInnen der CDU/CSU, die in der neuen Regierung tonangebend sein werden, forderten bereits bei der SiKo 2005 den weiteren Ausbau der Bundeswehr für weltweite Kampfeinsätze, die Stärkung der NATO und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. (...)

Der umfangreiche aber lesenswerte Aufruf und Infos: http://www.no-nato.de

Zum Stand der §129-Verfahren in Hamburg

Am 16. März 2005 gab es im Zusammenhang mit den Widerstandsaktivitäten gegen den Umbau des Wasserturms im Hamburger Schanzenpark zu einem Luxushotel eine Durchsuchungswelle nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Betroffen waren insgesamt neun Beschuldigte bzw. sogenannte Zeugen. Durchsucht wurden dabei 11 Objekte sowie ein Fahrzeug. Insgesamt sieben Beschuldigte wurden im Rahmen einer anschließenden ED-Behandlung gezwungen DNA-Material in Form von Speichelproben abzugeben. Nach Beendigung der ED-Maßnahmen wurden alle Beschuldigten wieder freigelassen.

Das Ermittlungsverfahren bezieht sich auf drei Anschläge in Hamburg in der Nacht vom 3. auf den 4. März 2005 gegen das Bezirksamt Eimsbüttel, das Haus des Vorsitzenden der Patrizia AG Boberg sowie ein Golfcarport des Hotels Treudelberg. Eine weitere Aktion gegen das Hotel Jakob in Blankenese wurde vorzeitig abgebrochen. Zu diesen Aktionen hat sich in einem Schreiben eine Gruppe ‚Kolbenfresser im Motor der wachsenden Stadt' bekannt. Ausserdem soll eine Aktion gegen das Mövenpick-Hotel in Lübeck am Nachmittag des 3-. März 2005, bei der die Hotelfassade mit Farbe verschönert und der Eingangsbereich entglast wurde, mit den nächtlichen Aktionen in Verbindung stehen.
Mittlerweile haben die die Beschuldigten vertretenden RechtsanwältInnen Akteneinsicht. Dabei haben sich die ersten Einschätzungen von unmittelbar nach den Durchsuchungen im Wesentlichen bestätigt. Die Polizei tappt demnach hinsichtlich der möglichen TäterInnen der nächtlichen Aktionen in Hamburg völlig im Dunkeln. Ausser Tatortermittlungen, die keinerlei Hinweise ergaben, enthält die Ermittlungsakte zu diesem Komplex keinerlei Erkenntnisse.
Auch bezüglich der Lübeck-Aktion ist der Erkenntnisstand äusserst dürftig. Ausser gegen zwei Personen, die unmittelbar nach der Aktion in der Nähe des Mövenpick-Hotels festgenommen wurden, gibt es für die TäterInnenschaft der anderen Beschuldigten keinerlei Indizien, geschweige denn handfeste Beweise. Der Kreis der Beschuldigten für die behauptete TäterInnenschaft beruht im wesentlichen auf der vermeintlichen oder tatsächlichen persönlichen Bekanntschaft der Betroffenen.
Ein wesentliches Indiz aus der Sicht der Ermittlungsbehörden ist dabei ein Observationsfoto des Landesamtes für Verfassungsschutz, auf dem die beiden in Lübeck festgenommenen Personen zusammen mit anderen Beschuldigten zu sehen sein sollen. Das Foto soll am Nachmittag des 3. März 2005 in Hamburg aufgenommen worden sein.
Auch die bei den Durchsuchungen beschlagnahmten Gegenstände (umfangreiches Papiermaterial, PC-Festplatten, Adress- und Terminbücher, Kleidungsstücke, Farbe) haben bisher keinerlei verwertbare Hinweise für die angebliche Tatbeteiligung der Beschuldigten ergeben. Im Übrigen wird die ausstehende Auswertung der DNA-Proben auch keine verwertbaren Erkenntnisse bringen.
Der behauptete Zusammenhang der Aktion in Lübeck mit denen in Hamburg lässt sich nach dem Inhalt der Ermittlungsakten in keinster Weise aufrechterhalten. Dadurch wird deutlich, dass auch dieses §129 Verfahren der Ausforschung und Einschüchterung von emanzipatorischem Widerstand dienen soll, indem die besonderen Ermittlungsbefugnisse von Telefon-, Post-, und Emailüberwachung sowie von Observationen den Repressionsorganen Einblicke in die politischen Strukturen ermöglichen soll. So wurden in der Vergangenheit nicht zufällig über 90% der eingeleiteten 129 /129a Verfahren gegen linke Strukturen eingestellt, ohne dass es dabei zu einem Prozess geschweige denn zu einer Verurteilung gekommen wäre.
Wir gehen davon aus, dass die Ermittlungsbehörden ein starkes Interesse haben, dass aktuelle Verfahren künstlich in die Länge zu ziehen, um sich die Möglichkeit offen zu halten weitere Personen zu kriminalisieren und in das Verfahren mit hineinzuziehen. Dies zeigt sich auch in der Behauptung des Repressionsapparates, dass die Gruppe ‚Kolbenfresser im Motor der wachsenden Stadt' weiterhin unter dem Namen B:A:L:S:A:M: agiere.
Auch dieses Konstrukt hat keine Substanz und ist ein weiterer Versuch, die Fiktion einer seit März 2005 aktiven, kriminellen Vereinigung' aufrechtzuerhalten.

... und noch ein weiteres Verfahren wegen militanten Aktionen gegen das geplante Luxushotel

Am Vormittag des 25. November 2005 wurde ein Mitglied des 'Freien Netzwerks zum Erhalt des Schanzenparks' an seinem Arbeitsplatz festgenommen. Zeitgleich fand in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung statt, bei der mehrere Computer beschlagnahmt wurden. Nach ED-Behandlung und gescheiterten Verhörversuchen, u.a. durch den leitenden Oberstaatsanwalt der Staatsschutzabteilung persönlich, wurde er am Abend wieder freigelassen.
Der Vorwurf gegen ihn lautet 'Sachbeschädigung und schwere Nötigung'. Während des Verhörversuchs äusserte der Staatsanwalt, dass ausserdem noch ‚gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr' als weitere Beschuldigung in Betracht käme.
Angeblich soll der Betroffene die Erklärungen für zwei Aktionen veröffentlicht haben.
Am 28. Oktober wurden auf Baufahrzeugen der Firma Engel in Hamburg Eimsbüttel Widerstandsparolen angebracht, Reifen zerstochen und Schlösser verklebt.
In der Nacht zum 25. November wurden Reifen von Baufahrzeugen der Firma Lebbien unter dem Motto ‚Schade dass Beton nicht brennt' zerstochen. Die Firma liefert Beton für die Hotelbaustelle.
Juristisch hat die Festnahme und das neue Verfahren erst mal nichts mit dem seit März laufenden 129 Verfahren zu tun. Staatsschutz und Staatsanwaltschaft behaupten bis jetzt keinen organisatorischen Zusammenhang zwischen Aktionen im März und denen im Oktober / November. Da in dem neuen Verfahren allerdings auch von ‚unbekannten Mittätern' die Rede ist, besteht sehr wohl die Möglichkeit eines neuen 129 Verfahrens.

Einstellung des 129 Verfahrens und aller weiteren Verfahren im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das Hotel im Wasserturm

Weg mit den §§ 129 / 129a / 129b
Kein Hotel imWasserturm
Antirepressionsgruppe Dezember 2005

Antirepressionsgruppe ‚Wasserturm', c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Spendenkonto für Prozesskosten:
Rote Hilfe Hamburg, Kto. 84610203, BLZ 20010020, Postbank Hamburg
Stichwort ‚Wasserturm'

Angeklagt ist einer, gemeint sind alle!

Im Januar 2006 jährt sich der Baubeginn des Umbaus vom Wasserturm im Schanzenviertel zu einem Mövenpick-Luxushotel. Der Protest und Widerstand dagegen hält bis heute an. Die Aktionen reichen von Demonstrationen über Parkspaziergänge bis zu militanten Aktionen.
Die Polizei- und Staatsschutzseite antwortet mit einer festungsmäßigen Sicherung der Baustelle, Dauerpräsenz von Bereitschaftspolizei im Park, Observationen von (vermeintlichen) AktivistInnen und einer Welle von Ermittlungsverfahren. Die über 25 Verfahren lauten auf Widerstand, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Beleidigung oder Bildung einer kriminellen Vereinigung.
Am 26.1. beginnt mit dem Prozess gegen Martin B., der der versuchten schweren Körperverletzung und des schweren Widerstands angeklagt ist, das bisher schwerwiegendste eröffnete Verfahren im Themenzusammenhang Wasserturm.
Am 17.2.2005 morgens um 7.00 Uhr fiel der Bauzaun am Turm auf ca. 50 Metern um, anrückende Polizei nahm 7 Personen fest. Während die anderen Verfahren eingestellt wurden, steht Martin nun vor Gericht weil er im Park einen Stein auf einen der Polizisten geworfen haben soll.
Der Prozess findet statt am Donnerstag den 26.1.06 ab 10.30 Uhr im Raum 201a im Strafjustizgebäude Sievekingsplatz, mögliche Fortsetzungstermine sind jeweils eine Woche später am 02.02. und 09.02. jeweils um 9.00 Uhr im Raum 297.
Wir treffen uns am 26.1. ab 9.00 Uhr vor dem Gericht zu einer Kundgebung mit Kaffee und Musik. Nach dem Prozess gibt es ein Prozesscafe im Libertären Zentrum Karolinenstrasse. Solidarisiert Euch, kommt zum Prozess!

Think of a Revolution

Am 19.11.05 fand nach längerer Zeit mal wieder eine Bündnisdemo gegen Umstrukturierung, Repression, Ausbeutung und Vertreibung - kurz - das Konzept der "wachsenden Stadt" statt. Nachdem die Demo, wie so oft, mit ca. 500 TeilnehmerInnen etwas schleppend von der Feldstrasse los ging, vergrößerte sich die Anzahl der TeilnehmerInnen im Lauf der Demo auf ca. 1200. Die Beteiligung lässt sich somit als positiv werten. Neben Redebeiträgen zur wachsenden Stadt, zu Hartz IV, zur Kriminalisierung des Wasserturmwiderstandes, zur Karawane für die Rechte von Flüchtlingen, zum Leerstand der Häuser in der Wohlwillstrasse und zu den StudentInnenprotesten lag ein weiterer Schwerpunkt auf dem Naziladen in der Talstr. 17, der immer noch nicht dicht gemacht hat. Wie üblich wurde die Demo von einem Großaufgebot der Bullerei begleitet, und verstärkt auch immer mehr vom BFE (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit). Neben den mittlerweile gängigen Verboten des Hüpfens und Laufens auf der Demo, sowie der 1,50m Maximallänge von Seitentranspis rücken nun die durchgängigen Spaliere immer enger auf Tuchfühlung. Trotz genügend Platz an den Seiten wird kaum noch Abstand zu den DemonstrationsteilnehmerInnen genommen. Damit wird es einerseits immer schwieriger über Seitentransparente überhaupt noch eine Aussenwirkung zu erzielen, andererseits ist ein Gerangel mehr oder weniger vorprogrammiert (oder auch gewollt). Schließlich ist es für DemonstrationsteilnehmerInnen nicht schön ständig in die Seite geknufft, oder von hinten überrannt zu werden. Dementsprechend meldete sich auch eine junge Mutter zu Wort, die sich über das enge Spalier, welches die Kinder in hinteren Bereich bedrängte, beschwerte. Auch das Fronttransparent ist mittlerweile in der Regel durch ein geschlossenen grünen Block verdeckt, sodass sich sowieso die Frage stellt welche Aussenwirkung mit diesem Konzept überhaupt noch erzielt werden kann.
Als Versuch eines anderen Konzeptes gab es diesmal vorne keinen "geschlossenen" Block mit Fronttransparent. Dafür gab es mehrere Doppelhaltertranspis quer über die Demo....und somit auch immerhin für außerhalb gut sichtbar.
Nachdem die Demo also schon im ganzen Verlauf durch das massive Spalier gestört wurde, drohte sie am PK 16, Lerchenwache, endgültig zu eskalieren. Hier war es verboten vor der Wache, selbst auf der entgegengesetzten Strassenseite, eine Zwischenkungebung abzuhalten. Als die Demo jedoch aufgrund der Größe der Demo und einer kleinen Lücke zur Demospitze dort zum Stillstand kam und begonnen wurde den dafür geplanten Redebeitrag (Soligruppe für die von §129 Betroffenen) zu halten, fuhren sofort Wasserwerfer auf mit der Ankündigung die Demo anzugehen, wenn sich nicht sofort weiter bewegt würde. Nach Aufrücken der DemoteilnehmerInnen ging es weiter. In der engen Eifflerstrasse kam es erneut zu massiven Rangeleien aufgrund des eng gezogenen Spaliers. In Höhe der Roten Flora, kam es dann zu einer Festnahme durch Zivis der BFE. Diese hatten eine Person verfolgt, die angeblich bei antifaschistischen Aktivitäten beim Nazikonzert am Nobistor (5.11.2005) wiedererkannt worden sein soll. Auch im Weiteren kam es wegen angeblicher Verstöße gegen Demoauflagen zu kleineren Reibereien.
Am Abschlußort, der Sternschanze, hatte die Staatsmacht schlicht vergessen den Wasserturm zu sichern. Mit ein wenig Entschlossenheit hätte die Demo dieses mal also direkt am Wasserturm enden können. Leider kam es dazu dann nicht mehr und Team Green eilte schnellen Schrittes herbei um doch noch zu sichern, was nicht mehr gesichert gebraucht gehörte. Das taten sie dann auch noch für Stunden, genauso wie sie ihr rechtsradikales Objekt für den weiteren Verlauf des Abends sicherten.
By the way, Herr Warnholz, fließen hier die von ihnen beklagten Unsummen an Geldern hin. Wenn jeder linken Demo eine 1:1 Betreuung an die Seite gestellt wird, brauchen man nachher auch nicht rumheule

Die Soligruppe zu den Wasserturm-Verfahren versucht sich in einer Bestandsaufnahme aller Verfahren rund um den Turm, um mal einen Überblick zu gewinnen und damit auch gegebenenfalls öffentlich zu werden. Dabei sind wir auf Eure Hilfe angewiesen. Bitte gebt uns Bescheid über: erhaltene Platzverweise; Ingewahrsam- oder Festnahmen; eröffnete Verfahren, die Art des Vorwurfs und gegebenenfalls ihren Ausgang (Freispruch, Einstellung - gegen Geldstrafe oder nicht, Urteile); aktuell noch ungeklärte Verfahren kurz: alles was Repressionen im Bezug auf den Wasserturmwiderstand waren und sind. Schreibt uns oder besser noch bringt uns Eure Kurznachrichten in unser Fach: Antirepressionsgruppe Wasserturm, c/o Schwarzmarkt 46, 20357 Hamburg. Und da die Prozesse das Geld einfach nur so weg fressen, spendet bitte an das Konto (siehe Artikel "zum Stand der 129-Verfahren").

schanzenfest flockt

einige gedanken und fragen zu dem artikel „Schanzenfest rockt“ aus der zeck 129 von r. bakun

bakun behauptet, dass „bis zum abend das fest ein großer erfolg war, weil trotz massiver behinderungsversuche (der bullen und innenbehörde) selbiges durchgesetzt werden konnte, insbesondere da es gelang, die aktuellen entwicklungen im schanzenviertel strategisch aufzugreifen. es sei gelungen, auf eine breite beteiligung aller leute die sich in der schanze aufhalten zu setzen, statt eine identitäre autonomenveranstaltung abzuhalten.“

leider bleibt bakun in dem artikel schuldig, wie sich dieses „strategische aufgreifen aktueller entwicklungen in der schanze“ praktisch darstellte. bakun wird damit ja wohl kaum die von ihm/ihr erwähnten redebeiträge oder das aufhängen selbstgebastelter überwachungskameras und dazugehöriger texte gegen videoüberwachung gemeint haben, denn dies ging im allgemeinen flohmarkttrubel und unterhaltungsprogramm dieses tages unter. das schanzenviertelfest ist in erster linie ein großer flohmarkt mit nettem klönschnack mit bekannten, die mensch mehr oder weniger lange nicht mehr gesehen hat, mit glück von netter musik untermalt und von sonne beschienen. dagegen ist auch nichts einzuwenden. haarig wird es meiner meinung nach allerdings, wenn genossInnen glauben, dieses fest mit inhalten linksradikaler politik überfrachten zu müssen. denn der kampf gegen autoritäre formierung der gesellschaft, für unkontrollierte bewegungen, gegen das hotel im schanzenpark, gegen den messeneubau (alles parolen aus den mobilisierungsflyern und plakaten) interessiert, wie ich glaube, den überwiegenden teil der zigtausenden festbesucherInnen nicht. daher finde ich es auch kontraproduktiv wie bakun auf „alle leute zu setzen, die sich in der schanze aufhalten“. für die meisten ist die schanze lediglich eine gigantische einkaufsregion und feierlocation, wo man sich schrecklic tolerant im multikultiambiente wohlfühlen kann. und wenn es dann mal zu auseinandersetzungen mit bullen kommt (wie mittlerweile jedes jahr im anschluss an das fest) dann kommentiert man/frau den einsatz lässig mit einem getränk in der hand. und fühlt sich „urban“ wie bakun sich ausdrückt, wobei der platz der „altautonomen“ natürlich vor „ihrer“ kneipe ist. so kommt es zu einer schrägen allianz von vergnügungsfreudigen piazzabesucherInnen und autonomen, die sich in der sinnlosigkeit des krawalls und der faszination des bulleneinsatzes einig sind.

der angriff der bullen auf das fest und die eingitterung des achidi-john-platzes wird nicht als angriff auf eine/n selbst und als angriff auf die aneignung des „öffentlichen raumes“ begriffen und dementsprechend beantwortet. im gegensatz zu bakun glaube ich, dass es sich beim schanzenviertelfest sehr wohl um eine identitäre autonomenveranstaltung handelt. ein teil der veranstalterInnen versucht mit dem aufgreifen aktueller politischer mobilisierungen (s.o.) den eher harmlosen gehalt des festes aufzupeppen und dadurch ein traditionsevent hamburger autonomer von jahr zu jahr zu schleppen und diese vermeintliche bastion nicht aufzugeben.

leider gelingt eine stärkere mobilisierung z.b. gegen den messeneubau oder das hotel im schanzenpark aufgrund organisatorischer schwäche der veranstalterInnen und des desinteresses der schanzenbewoh-nerInnen und festbesucherInnen nicht. das ist schade, bitter ist es jedoch wenn man/frau die tatsache, dass jetzt zweimal ein fest, welches vor allem aus einem großen, netten flohmarkt besteht, ohne anmeldung stattfinden konnte, als großen erfolg feiert.

ebenso bitter ist es, dass sich organisierte linksradikale nicht mal ein paar widerstandsmaßnahmen mit hand und fuß gegen die beschissenen bulleneinsätze zum ende des festes überlegen. man/frau muss ja kein großer fan von der posse sein, die alljährlich die feuer entzünden. aber wenn mensch ansonsten gegen den autoritären normalzustand, gegen repression und für die eroberung öffentlicher räume eintritt, sollte dies zumindest rudimentär an diesem abend in den vierteln, in denen wir uns auskennen, möglich sein.

hoffentlich müssen wir 2006 nicht wieder feststellen: same procedure as every year.

ilsolde

Zusendung aus der Post:

Wie nicht anders zu erwarten, wird auch dieses Jahr von staatlicher Seite versucht dem Schanzenviertelfest in irgendeiner Art habhaft zu werden. Noch im letzten Jahr wurde versucht den Flora e.V. als vermeintlichen Organisator dingfest zu machen. Kurzer Hand erhielt selbiger eine Zahlungsaufforderung über 900 Euro. Er sollte damit für die Absperrungsmaßnahmen, das zerstörte Material sowie die Lagerungskosten der beschlagnahmten Bühne aufkommen. Nachdem gegen die Zahlungsaufforderung Widerspruch eingelegt wurde, liegt das Verfahren nun immer noch auf Eis. Da sich diese Vorgehensweise scheinbar als nicht fruchtbar erwies, wurde die Strategie dieses Jahr geändert: Verschiedene Einzelpersonen haben sich nun mit dem Vorwurf der Widerrechtlichen Wegenutzung (was 120 Euro kosten soll) herumzuschlagen. Dies betrifft sowohl Flohmarktstände, als auch den Bühnenaufbau vor der Roten Flora. Auch wenn mensch dem Fest kritisch gegenüber steht, so hoffe ich doch das wir uns darin einig sind das solche Repressalien nicht hinnehmbar und ungerechtfertigt sind. Mehr gibt es dazu erst mal nicht zu sagen. Über den weiteren Stand werdet ihr auf dem Laufenden gehalten.



antifa reloaded:

Dieses mal haben wir Berichte aus Göttingen und vom Kiez dabei.
In beiden Berichten stellen wir die Option der militanten antifaschistischen Intervention heraus, in der unserer Meinung nach eine Möglichkeit liegt, trotz massiver staatlicher Repression bei Demonstrationen und Aktionen handlungsfähig zu bleiben. Und diese Interventionsformen favorisieren wir, denn, das zeigen die Berichte zu Göttingen und zum Kiez, es gibt immer wieder, trotz der hohen Zahl an Bullen LÜCKEN innerhalb des Repressionsapparates, die wir nutzen können und müssen.
Wir knüpfen damit an unseren Beitrag, in der letzten Zeck an, in dem wir die Frage aufwarfen, ob in dieser Form der Intervention eine antifaschistische Perspektive liegt, die sich als ausbaufähig und konsensfähig innerhalb der heutigen radikalen Linken etablieren könnte.
Mut zur Lücke!
Eure autonome Antifa

Göttingen 29.10 10:0 für die ANTIFA No Cops, No Nazis!
3500 Antifaschistische GegegendemonstrantInnen aus dem ganzen Bundesgebiet gegen ca. 4000 Bullen plus eine Nichtgenannte Zahl von MenschenjägerInnen des BGS die versuchten ca. 200 Nazis zu schützen.
Die Demo war die letzte in einer ganzen Reihe von Nazisdemos in Niedersachsen bei denen die Nazis versuchten soziale Themen wie Hartz 4 zu besetzen.

Never trust the System!
Nachdem die Stadt Göttingen den antifaschistischen Gegenaktivitäten die komplette Innenstadt versagte und dadurch eine polizeilich nationalbefreite Zone schaffen wollte und zusätzlich auch noch den Nazis die ?? Seite des Bahnhofes, an der auch schon eine Gegenkundgebung angemeldet wurde, erlaubte rechneten eigentlich alle Beteiligten mit den gleichen Bildern von prügelnden Bullen und Wasserwerfereinsätzen wie zu vor in Braunschweig und Oldenhurg.
Im Vorfeld wurde bekannt das es Nazis aus Norddeutschland nicht nach Göttingen geschafft hatten, den sie mussten aufgrund antifaschistischer Interventionen die Züge wieder verlassen (LÜCKE NR.I ')

Demo is over...
In der Göttinger Innenstadt versammelten sich ca. 3500 Menschen um gegen den Naziaufmarsch zu demonstrieren. Die Demo wurde von einem starken Polizeiaufgebot begleitet und es kam immer wieder zu übergriffen der Büttel. An einem markanten Punkt machte der Antifablock einen Ausfall und wurde nur aufgrund der quergestellten Sixpacks an einem Durchbruch gehindert (BEINAHE LÜCKE Nr.2!).

...Action is on!
Beinahe zeitgleich wurden rund um das Univiertel auf der Nazistrecke ca. 30 Barrikaden errichtet und in Brand gestekkt (LÜCKE Nr.3!). Dieses massive militante Vorgehen führte im Endeffekt dazu, das die Nazis nicht einmal 1/4 ihrer Route gehen konnten. Und das trotz des staatlich erklärten Ziels die Nazidemo durchzusetzen. Nebenbei wurde die Gunst der Stunde genutzt und mehrere Burschi Häuser angegriffen (LÜCKE NR4!). Des Weiteren sind eine Menge Bullen und Bullenfahrzeuge angegriffen worden (LÜCKE NR.5!). Die Büttel reagierten ziellos (was auch kein Wunder war, den GenossInnen hatten in den Nächten vor dem Aufmarsch dafür gesorgt, das eine Menge Straßenschilder nicht mehr zu lesen waren (LÜCKE NR6!) und erstaunlicherweise auf Beruhigung der Lage fixiert. So wurden häufig zwar große Gruppen Antifas brutal auseinandergetrieben, aber nicht zwingend Fest- bzw. Ingewahrsam genommen. Die ganze Situation, wenn sie nicht schon durch das massive Barri bauen (was durch die gute Vorbereitung vor Ort möglich wurde LÜCKE NR.7!) für die Büttel außer Kontrolle geraten war, geriet spätestens dann zum völligen Fiasko für Bullen und Nazis als die Einsatzleitung beschloss, die Nazis nach Hause zu schikken. Allerdings nicht auf dem Weg auf dem sie gekommen waren, sondern direkt am Uni-Campus vorbei. Dort hatte sich inzwischen eine Menge Antifas gesammelt und eine noch größere Zahl kam vom Barri bauen oberhalb der Umleitungstrecke zurück. Die Nazis und Bullen wurden massiv mit Steinen, Flaschen usw. angegriffen (LÜCKE NR. 8!). Die Bullen hatten die Situation nicht mehr unter Kontrolle(LÜCKE NR.9!). Es wurden immer mehr Kräfte angefordert und die Antifas nach und nach zurück auf den Campus gedrängt, wobei die Bullen den Campus selbst nie wirklich betraten, so dass es immer wieder möglich war sich auf den Campus zurückzuziehen um dann aufs neue zu agieren (LÜCKE Nr.10!). Mit Mühe wurden die Nazis dann zurück zum Bahnhof gebracht, wobei es immer wieder zu Angriffen gegen diese kam.

Fazit
Trotz aller LÜCKEN und der Nutzung dieser bleibt die Frage allerdings offen, warum die Polizeiführung nicht von Anfang an massiv gegen antifaschistische Gegenaktivitäten vorging.
Machen wir uns nichts vor: Mit 4000 Bullen plus X an BGS, darunter mindestens 2 BFE' s und mindestens einer BFHu (Beweissicherungs- und Festnahme - Einsatzhundertschaften) des BGS ist fragwürdig ob es nicht doch durch die Stadt bzw. Bullenführung gewollt war, das es (bürgerlichen) Protest in Form von - Sitzblockaden usw. gab. Denn das haben sowohl Bullen als auch Stadtregierungen in Oldenburg und Braunschweig gezeigt, wenn es so gewollt ist geht es auch anders (und nebenbei: das ist es auch was wir eigentlich bei jedem Aufmarsch von Nazis erleben).
Nichtsdestotrotz: Die Massivität der antifaschistischen Intervention hat sicherlich nicht nur die Nazis, sondern auch die Bullenführung überrascht und deutlich geamcht das sich antifaschistischer Protest nicht in "geordnete" Bahnen lenken lässt!
REMEMBER: NO COPS, NO NAZIS!
Deutschland angreifen!

Eigentlich sollte jetzt hier der Artikel zum Nazikonzert am 5.11 auf Kiez stehen. Tut es aber nicht. Das hat damit zu tun, das wir auch noch andere Dinge erledigen müssen. Wir wollen Euch aber auf die Stellungnahme der BetreiberInnen der Läden im Nobistor hinweisen und auf einen guten Artikel der die Geschehnis ziemlich gut zusammengefasst hat. Ihr findet beides auf www.antifainfo.de. Außerdem wollen wir auch noch mal betonen, das der massive Sachschaden an den HVV Bussen mehr als nur nötig war.

Viel Spass mit Euren Geschenken und den Weihnachtsplätzchen!
Eure autonome Antifa



Nazi-Konzert in St. Pauli

Am Samstagabend, den 5.11.05, feierte der ehemalige "Blood & Honour"-Kader Thorben Klebe wie jedes Jahr seinen Geburtstag mit einem Rechtsrock-Konzert.

Thorben Klebe aus Hamburg-Bramfeld war bis zum Verbot im neonazistischen Musiknetzwerk "Blood & Honour" aktiv. Er war eine von neun Personen, denen 2001 die Verbotsverfügung zugestellt wurde. Seinen Geburtstag Ende Oktober feiert er seit Jahren mit einem Rechtsrock-Konzert in Hamburg. Dieses Jahr nicht in einem Industrie-Stadtteil, sondern direkt an der Party-Meile Reeperbahn. Über das Label einer privaten Geburtstagsfeier mieten die Neonazis meist "heimlich" Räumlichkeiten an. Laut Polizei nahmen rund 300 "Gäste" an der Feier teil. Für ihren Abtransport wurden drei Gelenkbusse und ein normaler HVV-Bus bereitgestellt. Erwähnenswert ist, dass damit zu dem Konzert mehr als doppelt so viele Neonazis kamen, wie zu Aufmärschen in diesem Jahr in Hamburg. Anwesend waren auch Alexander Hohensee, Frank Försterling, Torsten Cichowlas aus Bahrenfeld bzw. Harburg. Andreas Hackmann aus Bremen versuchte sich erneut als Anti-Antifa und stellte sich direkt vor die Objektive der Fotografen und Kamerateams.

Die Nazis richteten sich in den Räumen im zweiten Stock des Gebäudes ein. Immer wieder zeigten sich Nazis am Fenster und provozierten die vor dem Gebäude versammelten AntifaschistInnen. Nach dem Konzert wollten sie eigentlich auf der Reeperbahn weiterfeiern. Erst jetzt beendet die Polizei die Veranstaltung. Trotz großer Worte ließen sich die Nazis in die Busse drängen.

Nazis werten die Veranstaltung als Erfolg, da ihr Konzert auf St. Pauli stattfinden konnte. Angesichts der Anmietung unter falschen Tatsachen, ihres Abtransports mit Bussen und des normalen Publikumsverkehrs um die Reeperbahn und dem Dom (ohne Probleme mischen sich feiernde Gruppen von Nazis als Teil unter die Masse der Kiez-BesucherInnen) aber keine wirklich große Leistung.

Der Polizei war bekannt, dass ein Rechtsrock-Konzert an diesem Abend in Hamburg stattfindet. Sie wußte (angeblich) nur nicht wo. So gingen die StaatschützerInnen davon aus, dass ein solches Konzert wie bisher außerhalb der Innenstadt in unbelebten Gegenden oder Industriegebieten stattfinden würde. Da gab es bisher nahezu keine Proteste. Aufgrund der diesesmal zunächst knapp bemessenen "Einsatzkräfte" konnte über einen längeren Zeitraum ein Zielwerfen auf die Scheiben, an denen sich die Nazis zeigten, getätigt werden.

Im Laufe des Abends fanden sich über 400 Personen am Nobistor ein. Die Scheiben des Party-Raums der Nazis wurden eingeworfen und verspätete Nazis gleich wieder nach Hause geschickt. Im Umfeld wurden mehrere Autos erwischt, darunter auch ein Streifenwagen. Außerdem wurde ein Supermarkt entglast. Die HVV-Busse, die die Nazis nach dem Konzert weg bringen sollten, wurden bereits auf der Hinfahrt mit Wurfgeschossen attackiert. Beim Abtransport der Nazis wurden die beiden Busse, die über die Holstenstrasse gelotst wurden, nahezu komplett entglast. Die anderen beiden Bussen leitete die Polizei daraufhin um.

E-Mail der Clubbetreiber: Wie Neonazis am Nobistor ein illegales Konzert gaben und dabei von der Hamburger Polizei beschützt wurden

Samstag, 5.11, 20 Uhr, im ehemaligen C&A-Gebäude am Nobistor: Man benachrichtigt uns per Telefon, dass in ‚unserem' Gebäude ein Rechtsrockkonzert stattfinden wird - in einer Stunde. Wir, das sind die Betreiber der in dem Gebäude ansässigen Clubs Echochamber, KdW, Click und Weltbühne. Vor dem Haus tauchen die ersten Neonazigruppen auf. Es ist Samstagabend, der für Clubbetreiber wichtigste Tag der Woche. Alle Clubbetreiber des Hauses kommen zu einem Krisentreffen zusammen.

Um 21 Uhr treffen die ersten Antifa-Gruppen ein und greifen die Neonazis an, woraufhin sich diese im Treppenhaus verschanzen, hinter einer roten Stahltür im Eingangsbereich Kleine Marienstraße. Das C&A-Gebäude hat drei Eingänge: am Nobistor, an der Holstenstraße und an der Kleinen Marienstraße. Letzteren nutzen die Neonazis an diesem Abend für ihre Veranstaltung. Kaum dass die ersten Rangeleien zwischen Antifa und Neonazis beginnen, trifft die Polizei ein und drängt die Antifas auf die andere Straßenseite. An den Kreuzungen Holstenstraße / Simon-von-Utrecht-Straße und Nobistor / Holstenstraße werden Polizeiabsperrungen errichtet. Die Polizei lässt nun niemandem mehr zum Gebäude durch - bis auf die Neonazis, sie sich ungestört im zweiten Stock versammeln können. Um 21 Uhr soll in der Weltbühne eine Veranstaltung des Müller & Frank Musikverlages stattfinden, die Frankfurter Gruppe Good Heart Boutique will ein Konzert geben, DJs wurden engagiert. Doch alle Gäste, die zur Weltbühne wollen, werden von der Polizei aufgehalten. Der Eingang zur Weltbühne befindet sich nur fünf Meter hinter der Polizeiabsperrung.

Der Hundertschaftsführer der Polizei weist uns darauf hin, dass es keinerlei rechtliche Handhabe gegen die Veranstaltung der Neonazis gäbe, da es sich um eine friedliche Privatparty handele und die Räumlichkeiten legal vermietet wurden. Sofort wird die Vermieterin angerufen, die erklärt, dass ein klarer Vertragsbruch vorliege, da von Seiten des Veranstalters explizit versichert wurde, dass keine Bands auftreten werden, was schon allein aus Schallschutzgründen nicht gestattet ist. Außerdem wusste die Dame nicht, an wen sie die Räumlichkeiten vermietet hatte. Denn natürlich hatten sich die Veranstalter nicht als Mitglieder und Anführer der verbotenen Neonaziorganisation „Blood & Honour" vorgestellt, sondern als Privatpersonen, die eine Geburtstagsfeier abhalten wollen.

Es ist 21:30 Uhr, als klar wird, dass die Neonazis gegenüber der Vermieterin der Räumlichkeiten im zweiten Stock vertragsbrüchig geworden sind. Die erste Neonaziband beginnt ihr Konzert. Sofort meldet sich die Vermieterin bei der zuständigen Polizeiwache, erstattet Anzeige und bittet um die Auflösung der Veranstaltung. Jedoch: Die Polizei lehnt ab. Es gäbe keine rechtliche Handhabe gegen die „Privatparty". Davon abgesehen, dass die Neonazi-Veranstalter vertragsbrüchig geworden sind, wurde der komplette Straßenabschnitt von etwa 22 bis 1 Uhr in hoher Lautstärke von „Sieg Heil"-Sprechchören und Nazimusik beschallt. Bei wesentlich geringeren Lärmverstößen ist die Polizei in der Regel sehr schnell und massiv vertreten, erzwingt ein Runterfahren der Lautstärke und droht barsch und unfreundlich mit Konsequenzen. Alle Clubbetreiber des Hauses können dies bestätigen. Doch diesmal: Nichts. Die Hamburger Polizei lässt die Neonazis ungehindert weiterlärmen.

Wir erstatten Anzeige wegen Lärmbelästigung und machen die Polizei unmissverständlich darauf aufmerksam, dass wir mit ihrem Vorgehen nicht einverstanden sind. Die Tür zur Weltbühne muss weiterhin geschlossen bleiben, während

die Neonazis unter Polizeischutz in den zweiten Stock geleitet werden. Wie sich später herausstellen wird, bewaffnen sich die Neonazis während des Konzertes. Nachdem sie das Gebäude verlassen haben, finden wir überall im zweiten Stock Knüppel und andere Schlagwaffen.
Während die Neonazis feiern, aus den Fenstern heraus „Sieg Heil" skandieren und Passanten und Polizisten beschimpfen, werden wir von der Polizei über Stunden hingehalten und belogen. So erklärt uns der Polizeiführer um 23 Uhr, dass „in wenigen Augenblicken die letzte Band ihr Konzert beenden wird und danach die Räumung beginnt." Eine Minute später wird im Polizeifunk gemeldet, dass das Konzert noch bis 1 Uhr gehe und die Veranstalter danach noch eine Stunde Zeit hätten, die Musikanlage abzubauen und das Gebäude zu verlassen.
Wir sehen uns nun genötigt, mittels eines Lautsprechers den vor der Polizeisperre wartenden Gästen, Demonstranten und Passanten mitzuteilen, dass wir gegen die im Stockwerk über uns stattfindende Veranstaltung und das Vorgehen der Polizei protestieren.
Mitarbeiter und Gäste der im Haus ansässigen Clubs werden derweil weiter am Eintritt in das Gebäude gehindert. Gegen zwei Uhr verlassen die Neonazis das Haus und steigen „Wir kommen wieder!" und „Wir kriegen euch alle!" brüllend in HVV-Busse, die direkt am Eingang in der Kleinen Marienstraße stehen und den Neonazis eine sichere Heimreise ermöglichen sollen.
Fazit: Die Polizei verhinderte ein legales und reguläres Konzert in den Räumen der Weltbühne, um eine Veranstaltung einer illegalen Neonazi-Organisation zu schützen. Die Partys von Echochamber und Click begannen nach zweistündiger Verspätung um 1 Uhr. Alle Clubs im Haus haben an diesem Abend Geld verloren, da ihre Partys verspätet oder gar nicht stattfinden konnten. Doch größer als der finanzielle Schaden ist der Ärger über die Nazis im Haus und das Vorgehen der Polizei.

Wir bitten alle Gäste, die vergebens versuchten die Weltbühne zu besuchen um Verständnis und verbleiben angewidert über das Vorgehen der Polizei,

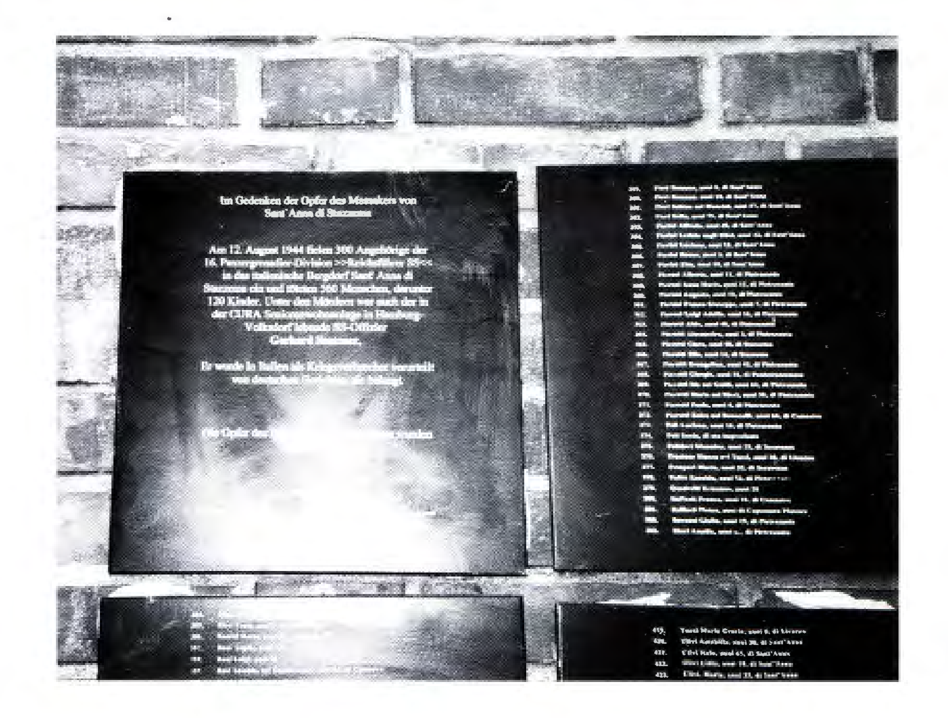
die Clubbetreiber vom Nobistor

Vorfeldaktion:

Am 26. November protestierten 200 Menschen dagegen, dass Gerhard Sommer - von der deutschen Justiz unbehelligt - in einem Seniorenheim in Volksdorf/ Hamburg lebt. Der damalige SS-Unterscharführer war 1944 an der systematischen Ermordung von 560 Menschen im Italienischen Ort Sant´Anna di Stazzema beteiligt.
Wir haben in der Nacht zuvor in Volksdorf an vier Stellen in der Fußgängerzone Gedenktafeln angebracht. Dort stand noch bis kurz nach der Auftaktkundgebung zu lesen: "Im Gedenken der Opfer des Massakers von Sant´Anna di Stazzema. Am 12. August 1944 fielen 300 Angehörige der 16. Panzergrenadier-Division >>Reichsführer SS<< in das italienische Bergdorf Sant´Anna die Stazzema ein und töteten 560 Menschen, darunter 120 Kinder. Unter den Mördern war auch der inder CURA Seniorenwohnanlage in Hamburg-Volksdorf lebende SS-Offizier Gerhard Sommer.
Er wurde in Italien als Kriegsverbrecher verurteilt von deutschen Gerichten nie belangt.
Die Opfer des Massakers von Sant´Anna wurden nie entschädigt"
(Die Namen der Opfer finden Sie an dieser Gedenktafel und drei weiteren Stellen rund um diesen Platz)"
Auch an den Eingangspfeilern zur Seniorenwohnanlage CURA, in der Gerhard Sommer sich bester Gesundheit erfreut, haben wir zwei Tafeln mit dem selben Text und der Überschrift:
"Den Tätern den Prozess!" zementiert.

Keine Ruhe für die Täter!
Die Opfer entschädigen!

Seniorenwohnanlage, Lerchenberg 4, Hamburg-Volksdorf
Autokennzeichen von Gerhard Sommer: HH-IS-170
(Daimler Crysler, silbermetallic)



Richtigstellung des Artikels zu Gerhard Sommer in der Zeck Nr. 129
Zum Artikel über Gerhard Sommer in der letzten Zeck erreichte uns ein Leserbrief, das anders als von uns behauptet die HIAG nicht als gemeinnützig vom Finanzamt anerkannt worden ist.
Danke für den Hinweis!
die redaktion

Staatsanwaltschaft schont NS-Kriegsverbrecher Demobericht

Auf Indymedia am 27.11.2005:
Nachdem in den vergangenen Monaten mehrfach Flugblätter verteilt worden waren, wurde am 26. November nachgelegt: 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchten die Hamburger Randgemeinde und sorgten dort für Aufsehen und gleichermaßen für zustimmende wie empörte Reaktionen.
Gerhard Sommer, einer der in Italien wegen des Massakers von Sant'Anna verurteilten Kriegsverbrecher, lebt seit Anfang des Jahres in einer Seniorenwohnanlage in Hamburg-Volksdorf. Sommer bestreitet bis heute, Unrecht begangen zu haben. Erst durch die Presse erfuhren die Bewohner, Bewohnerinnen und Angestellten der Seniorenresidenz davon.
Nachdem in den vergangenen Monaten mehrfach Flugblätter verteilt worden waren, wurde am 26. November nachgelegt: 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchten die Hamburger Randgemeinde und sorgten dort für Aufsehen und gleichermaßen für zustimmende wie empörte Reaktionen. In der Nacht zuvor waren Gedenktafeln an verschiedenen Stellen in der Einkaufspassage mit Schnellzement eingelassen worden. Und auch in den Redebeiträgen der Kundgebung wurde insbesondere auf die Empfindungen und Forderungen der überlebenden Opfer und Angehörigen abgestellt. So wurde am Zaun der Altenresidenz, in der Gerhard Sommer lebt, vier Tafeln mit den 394 namentlich ermittelten Opfern des Massakers niedergelegt und das folgende Grußwort verlesen: "Vor 60 Jahren wollte der Nazifaschismus im kleinen Dorf von Sant' Anna di Stazzema, eine Gemeinschaft zerstören, Alte, Frauen und Kinder, es wurde versucht die Existenz von Hunderten von Menschen auszulöschen, aber einige von ihnen leben immer noch, und sie werden nie vergessen. Der Verband der "Opfer von Sant' Anna di Stazzema" arbeitet, um die Erinnerung daran lebendig zu halten, was wirklich geschah, und um für Wahrheit und Gerechtigkeit zu kämpfen. Wir bedanken uns von Herzen bei all den Leuten, die heute an der Demonstration in Hamburg teilnehmen, für die Solidarität mit unserem Kampf und wir hoffen, dass in Kürze auch in Deutschland der Prozess gegen die Mörder eröffnet wird, so wie er uns vom deutschen Staatsanwalt aus Stuttgart versprochen wurde."

Dokumentationen:

Du bist Arschloch ...

... dachten sich einige Brandsätze und fanden sich ein unter dem BMW X5 und dem Minicooper von Holger Jung vor seiner Villa in der Werderstr. 27 in (Hamburg) Harvestehude.
Holger Jung ist einer der beiden Chefs der Werbeagentur „Jung von Matt“, die zusammen mit der Werbeagentur "Kemper-Trautmann“ die Propagandashow „DU BIST DEUTSCHLAND“ entwickelt und koordiniert haben, die von Bertelsmannchef Thielen, Gruner & Jahr Boss Kundrum, Bond Bauer und ihm persönliche initiiert wurde. An dieser größten Sozialmarketingkampagne in der Geschichte Deutschlands sind die 25 mächtigsten Medienunternehmen der BRD beteiligt. Seit September 2005 und noch bis Ende Januar 2006 traktieren uns die Meinungsmacher von Springer, Bertelsmann, Burda, Spiegel, RTL, SAT 1, ARD, ZDF... mit Spots im Kino, TV, Radio und Zeitungen. Ihr Ziel ist die „Initialzündung einer Bewegung für mehr Zuversicht und Eigeninitiative in Deutschland“.
Im Fahrwasser von Agenda 2010 mit Arbeitszwang und 1 Euro Jobs wird vermittelt, dass jede/r für seine / ihre Situation selbst verantwortlich ist. Die Habenichtse sollen sich mit Michaels Schumacher identifizieren - wenn sie es nicht so weit bringen, haben sie selber Schuld. Wenn alle den Arsch zusammen kneifen, kriegen „wir“ den Karren wieder flott. Die Verpackung ist ein ganz alter deutschen Hut: Die Halluzinierung einer deutschen Volksgemeinschaft, in der es scheinbar keine kapitalistischen, sexistischen und rassistischen Gewaltverhältnisse gibt. Das esoterische und nationalistische Manifest der „Du bist Deutschland“ MacherInnen predigt pure Scheiße: „Du hältst den Laden zusammen, du bist der Laden“, oder, besonders krass: „gib nicht nur auf der Autobahn Gas“, oder auch: „Du bist Beate Uhse“.
Diese Kampagne flankiert auch strategische Projekte des neuen imperialistischen Deutschlands, wie z.B. das Anstreben einer Führungsrolle in Europa und auf der Welt vor dem Hintergrund einer „Aufarbeitung“ von Holocaust und Nationalsozialismus: Xavier Naidoo darf vor dem Holocaust-Mahnmahl in Berlin posieren, Porsche und Thyssen werden als Vorbilder angeboten. Der Thyssenkonzern finanzierte in der 20ern die NS-Bewegung und verdiente an Weltkrieg und Zwangsarbeit, Ferdinand Porsche war Wehrwirtschaftsführer, Mitglied von NSDAP und SS und ebenfalls Profiteuer von Zwangsarbeit.

Im Anschluss an „Du bist Deutschland“ geht ab Januar 2006 die Kampagne von Industrie und Bundesregierung an den Start: „Deutschland - Land der Ideen“. Bundespräsident Köhler möchte „Deutschland als innovationsstarkes, modernes und weltoffenes Land“ während der Fußballweltmeisterschaft 2006 präsentieren. Jeden Tag soll ein anderer Ort in der BRD versuchen, das zu zeigen. In Hamburg ist u.a. der Rüstungskonzern Airbus dafür ausgewählt worden. Der Geschäftsführer dieser Kampagne, de Vries, hatte eine Kooperation mit „Du bist Deutschland“ vorgeschlagen, Bertelsmann lehnte aber mit dem Einwand ab, die politische Unabhängigkeit wahren zu wollen. Für die Umsetzung von „Deutschland - Land der Ideen“ wird die Hamburger Agentur Scholz & Friends verantwortlich sein. „Gute Ideen sind wie ein trojanisches Pferd. Sie kommen attraktiv verpackt daher, so dass der Mensch sie gerne hereinlässt. Erst dann entlarven sie ihr wahres Ziel: Eroberung.“ Der Leitsatz der Agentur Jung von Matt bringt die Funktion der Werbebranche auf den Punkt. Die Eroberung der Köpfe, um das Prinzip des Kaufens und Verkaufens immer wieder aufs Neue mit Leben zu versorgen. Da ist es den WerberInnen von Jung von Matt relativ egal, was verkauft und gekauft werden soll: Dienstleistungen der global player Deutsche Bahn oder Deutsch Post, Autos der Marken BMW und Audi, Atomstrom von der EnBW AG oder die obszöne Gehirnwäsche der Bildzeitung. Schon lange macht Jung von Matt die Reklameaktion für BILD. Jüngstes Erzeugnis war die sogenannte „Antibildkampagne“: Geworben wird mit Slogans wie „zerstört

BILD" und „BILD muss weg" die persifliert werden.
Jung von Matt spielen gerne mit Parolen der Linken oder Jugendsprache („Geiz ist geil"). Auch die Umdeutung der sozialrevolutionären Parole „alles für alle" für Ebay ist im Karolinienviertel ausgebrütet worden. Im Viertel, wo einst die Wagenburg „Bambule" ihren Platz (und ihre Barrikaden) hatte und das ehemals ein linksalternatives Szeneviertel war. Heute parken hier die BMWs der WerberInnen, Jung von Matt hat sich auf drei Gebäude ausgedehnt und ganz klar Gentrification und Aufwertung des Karoviertels vorangetrieben. Auch die Gattin von Matt hat einen exklusiven Schmuckladen im Viertel in der Turnerstraße eröffnet.
Wir finden den Vorschlag einer militanten Kampagne gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm cool und stellen unsere Aktion gegen Holger Jung auch in diesen Zusammenhang.
Genau wie die Deutschland-Kampagnen der Werbe-MacherInnen sollen auch die Weltmeisterschaft 2006 und der G8 Gipfel 2007 das Image der Großmacht Deutschland aufpolieren.
In Hamburg, der Stadt der WerberInnen, gibt es auf jeden Fall Agenturen, die für die global player, Imagekampagnen für Hamburg, Deutschland und die Bundesregierung arbeiten. Die Hausagentur der rot-grünen Bundesregierung „Zum goldenen Hirschen" hat die Werbung für die Agenda 2010 fabriziert, die Werbeagentur „Springer und Jacobi" steht im Dienst von Daimler Benz und Siemens.
Dem ehemaligen Aktivisten der KPD/ML Holger Jung geben wir in Anlehnung an Mao und an das Manifest „Du bist Deutschland" mit auf den Weg: „Behandle doch einfach dein Land wie einen unversöhnlichen Feind und tritt ihm ins Knie, denn unsere Zeit schmeckt nicht nach Zuckerwatte sondern nach Maschinenöl."

-BAMBULE ZURÜCK INS VIERTEL!
-WEG MIT DEM §129-WASSERTURMVERFAHREN!
-FEUER UND FLAMME FÜR DEN G8-GIPFEL IN HEILIGENDAMM!

Zelle „pack das pattex unter den tank" 16.12.2005

Jeden Monat eine andere Filiale

Der Tchibo-Vorstand Thomas Vollmoeller wird ab Januar 2006 die Verantwortung für den sogenannten Non-Food-Bereich übernehmen und damit die Zuständigkeit für den günstigen Einkauf der Tchibo-Textilien. Wegen der menschenverachtenden Produktionsbedingungen in Bangladesch, wo ein großer Teil der Tchibo-Klamotten hergestellt wird, geriet der Konzern in diesem Jahr in die Schlagzeilen.
Heute Nacht haben wir Thomas Vollmoellers BMW am Mittelweg 68 in Hamburg angezündet. Mit dieser Aktion wollen wir unsere Solidarität mit den Kämpfen der NäherInnen in Bangladesch ausdrücken und für weiteren Druck auf Tchibo sorgen. Gleichzeitig wollen wir die im August angeregte Idee zu einer Mobilisierungskampagne gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm 2007 aufgreifen und vorschlagen, die Ausbeutung in den Weltmarkt-Textilfabriken zu einem Thema der Kampagne zu machen. Im August wurde die Limousine des Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie, Werner Marnette, abgebrannt und vorgeschlagen, bereits jetzt „mit praktischen Interventionen (...) eine breite, auch militant begleitete Kampagne" gegen Heiligendamm ins Leben zu rufen, in der „Strukturen kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung" thematisiert und aufgegriffen werden sollen. Wir halten in diesem Zusammenhang den Tchibo Konzern für eine passende Adresse.
Tchibo wurde 1949 gegründet und befindet sich bis heute im Privatbesitz der Familie Herz. Die Firmenzentrale ist in Hamburg. Das große Geschäft begann mit Kaffeeverkauf und -versand. Jahrzehntelang scheffelten die Eigentümer ein Milliardenvermögen durch die Ausplünderung der KaffeebäuerInnen in Asien und Lateinamerika und gehören heute zu den fünf reichsten Familien in der BRD. In den letzten Jahren wurde der Tchibo Konzern wegen der sinkenden Kaffeeprofite nach und nach zu einem Handelskonzern umgebaut, der billige Konsumgüter und Dienstleistungen verkauft und Unternehmensbeteiligungen hält - z.B. 50% von Beiersdorf (Nivea und Tesa). Der Umsatz von Tchibo lag 2003 bei 3,3 Mrd. Euro (300 Mio. Euro Gewinn) mit Beiersdorf bei 8 Mrd. Euro (800 Mio. Euro Gewinn). Das Privatvermögen der Familie Herz wird auf weit über 11 Mrd. Euro geschätzt. Über eine Milliarde Euro des Jahresumsatzes entfallen auf den Klamottenverkauf. Sehr erfolgreich war Tchibo in den letzten Jahren dank des Engagements von Thomas Vollmoeller im Internethandel. Hier liegt Tchibo in der BRD inzwischen an dritter Stelle mit einem Marktanteil von 18%, noch vor Quelle, Otto und den anderen Versandanbietern. Neben dem Verkauf übers Internet betreibt Tchibo aber auch 900 Filialen in der Brd, dazu kommen 45.000 Verkaufsstellen in Supermärkten, Schreibwarengeschäften oder Bäckereien. Es gibt Tochterfirmen und Filialen in 12 europäischen Ländern.
Der erfolgreiche Umbau von Tchibo zu einem Anbieter billiger Konsumgüter basiert unter anderem auf der brutalen Ausbeutung zigtausender Arbeiterinnen in den Sweatshops in Asien und Lateinamerika. „TCM"-Billigklamotten kommen zum großen Teil aus Bangladesch. Die Auftragsvergabe durch Tchibo an die Betreiber der „Nähstuben" erfolgt über Internetauktionen, bei denen der billigste Anbieter, der am schnellsten liefern kann, den Zuschlag erhält. Damit hier „jede Woche eine neue Welt"
(Werbeslogan von Tchibo) glitzern kann.
In Bangladesch arbeiten zwei Millionen ArbeiterInnen in 3000 Textilfabriken, die ausschließlich für den Export produzieren. Diese Textilfabriken erwirtschaften einen jährlichen Exporterlös von fünf Milliarden US Dollar, das sind ca. 75% des Gesamtexports aus Bangladesch. 90% der ArbeiterInnen sind Frauen unter 25 Jahren, viele sind erst 14 und jünger. Die Männer arbeiten vor allem im Management, in der Arbeitsaufsicht und den werkseigenen Sicherheitsdiensten. Nur höchstens 1% der TextilarbeiterInnen ist gewerkschaftlich organisiert, und das auch nur heimlich. Wird der Unternehmensleitung gewerkschaftliche Aktivität bekannt, werden die ArbeiterInnen verhaftet, verhört und dann gefeuert. Die Arbeitsbedingungen in den Fabriken sind der Grund, warum es viele nicht schaffen, dort länger als ein paar Jahre durchzuhalten: Regelarbeitszeiten von 8-20 Uhr, oft produktionsbedingte Überstunden - bis zu 100 Arbeitsstunden pro Woche ohne einen freien Tag, die Überstunden oft unbezahlt, bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro im Monat, Rede- und Trinkverbot am Arbeitsplatz, der Gang zur Toilette reglementiert. Es gibt keine Arbeitsverträge, dafür aber ein festes System von Strafen für angebliche Verstöße. Proteste der Belegschaften werden mit polizeilicher Gewalt unterdrückt.

Vergewaltigungen gehören zum Alltag des Disziplinarregimes. Die Frauen sind der Willkür und der sexualisierten Gewalt der männlichen Vorgesetzten ausgesetzt. Nicht selten werden sie dann auch noch im sozialen Umfeld als Prostituierte verdächtigt und geächtet. Bei einer Schwangerschaft wird den Frauen fristlos gekündigt. Für viele Frauen und Mädchen ist die Arbeit in diesen Fabriken aber die einzige Möglichkeit, sich und die Familie vorm Verhungern zu retten.

Die exportorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik der bangladeschischen Regierung geht wesentlich auf Vorgaben des IWF zurück, der in den letzten Jahren das Land gerne als Musterschüler präsentierte, so zuletzt im April 2005 bei Verhandlungen über einen neuen Kredit.

Vergleichbare Bedingungen herrschen in den sogenannten Maquiladoras in Mittelamerika, in denen auch zu einem großen Teil Bekleidung „für den Weltmarkt" hergestellt wird. Alle großen Markenfirmen und Versandhändler lassen dort produzieren: Adidas, Karstadt Quelle, H&M, C&A, Otto Versand, auch Lidl und Aldi. In El Salvador, Nicaragua, Honduras und Guatemala wurden nach Beendigung der Bürgerkriege und nach dem Vorbild Nordmexikos verstärkt sogenannte Freie Produktionszonen eingerichtet, in denen die Investoren, von staatlichen Kontrollen, Zollauflagen und Steuerabgaben befreit, moderne Sklavenarbeit in ihren Fabriken organisieren können. Damit sollen die sinkenden Exporterlöse aus dem Kaffee- und Agrarsektor und die wirtschaftliche Rezession in diesen Ländern ausgeglichen werden.

Wie in Bangladesch wurden auch hier die „Liberalisierungsmaßnahmen" durch Strukturanpassungsprogramme vorangetrieben, die als Auflagen für Weltbankkredite zu erfüllen sind. In Honduras, El Salvador und Nicaragua beträgt der Anteil der Maquiladoras am Exporterlös inzwischen 50-60%. Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, müssen ständig weitere Investitionsanreize geschaffen werden. So sollen im Rahmen des Plan Puebla Panama mehrere Dutzend Wasserkraftwerke und ein Stromverbundnetz für die Region von Panama bis Mexiko errichtet werden. Auch durch den Abschluss eines Zentralamerikanischen Freihandelsabkommens mit der USA (Nafta) erhoffen sich Regierungen und Investoren in Mittelamerika neue Wachstumsimpulse. Es ist zu befürchten, dass sich die beschissene Situation der ArbeiterInnen weiter verschärfen wird.

Am 1. Januar 2005 lief das sogenannte Welttextilabkommen aus. Das Abkommen löste 1994 im Zuge der Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen das „Multi-Faser-Abkommen" von 1974 ab, in dem die europäische und us-amerikanische Textilindustrie Importquoten für Textilprodukte aus dem Trikont festgelegt hatte, um die eigenen Absätze abzusichern. Das Welttextilabkommen sollte diese Quoten sukzessiv abbauen. Seit dem Wegfall der Quoten wächst die Konkurrenz der Produktionsstandorte enorm. Vor allem China und Indien profitieren davon, weil sie durch eigene Baumwollproduktion, bessere Infrastruktur und noch niedrigere Lohnkosten noch billigere Ware auf den Markt bringen können.

Im Rahmen einer Initiative der „Kampagne für saubere Kleidung" geriet nach adidas und Karstadt nun Tchibo ins Rampenlicht, nachdem die Arbeitsbedingungen der Firma „Basic Apparel S." in Dhaka in Bangladesch öffentlich gemacht wurden, die für Tchibo, Aldi und Lidl näht. Nach Protesten der Belegschaft gegen Lohnkürzungen im August 2004 wurden mehrere Hundert NäherInnen entlassen, einige über mehrer Tage von der Polizei gefangen gehalten. Bis heute fordern die ArbeiterInnen die Wiedereinstellung.

Aufgrund des zunehmenden Drucks durch Zeitungs- und Fernsehberichte, die die Recherchen der „Kampagne für saubere Kleidung" veröffentlichten, beschäftigt Tchibo jetzt eine sogenannte „Sozialreferentin", die die Wogen wieder glätten soll. Cornel Kuhrt, die diesen Posten ausfüllt, war früher Geschäftsführerin des Deutschen Kaffeeverbandes und kann sicherlich aus eigener Kenntnis der Diskussionen um Kaffeehandel, -profit und -konsum nun zukunftsweisende Vorschläge für die Textilproduktion und -vermarktung machen. Vielleicht ein neues Label für fair produzierte, gehandelte und gebraucht zurückverschenkte Kleidung?

Lernfähigkeit hat Tchibo auch mit einem Verhaltenscodex bewiesen, der es wirklich in sich hat. Vor allem verpflichtet sich Tchibo zu den Grundsätzen des „ehrbaren Kaufmanns" und verlangt von seinen Zulieferern „branchenübliche Bezahlungen" und die Einhaltung der Ländergesetze zum Schutz der Beschäftigten. Diese Verhaltenscodices sind in den letzten Jahren sehr populär geworden, nicht nur in der Textilindustrie. Leider bringen sie den SklavenarbeiterInnen im Trikont überhaupt nichts. Sie dienen der Beruhigung des KonsumentInnengewissens, kosten nicht viel und sorgen für ein gutes Image. Eine unabhängige Kontrolle findet, auch wenn das Gegenteil behauptet wird, nicht statt.

Die „Kampagne für saubere Kleidung" kritisiert die Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken und propagiert ein „neues Denken" in der kapitalistischen Verwertung: Verbesserte Produktionsbedingungen für die ArbeiterInnen würden deren Motivation und damit insgesamt die Produktivität der Fabrik steigern.

Wir glauben nicht, dass das ein emanzipatives Konzept sein kann. Wir sind davon überzeugt, dass nur durch die allgemeine Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung und der rassistischen und sexistischen Unterdrückung gerechte und würdige Lebensbedingungen für alle Menschen geschaffen werden können.

In den letzten Monaten wurden Diskussionen geführt und Ideen vorgestellt, wie eine Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Heiligendamm angeschoben und begleitet werden könnte. Tchibo bietet sich aus unserer Sicht aufgrund seiner Verflechtung in globale Ausbeutungsprozesse einerseits und des großen Filialnetzes in der BRD andererseits besonders für vielfältige Nadelstiche bis zum Gipfel an, um das Thema globale Ausbeutung und seiner spezifischen Bedingungen weiter in den Vordergrund zu rücken.

Perspektivisch ließe sich so ein Versuch auch ausweiten. Zum Beispiel ist Adidas ein wichtiger Auftraggeber der Mittelamerikanischen Maquilas und ein Hauptsponsor der Fußballweltmeisterschaft 2006 in der BRD. Die Zeit der WM lässt sich sicherlich wunderbar für politische Aktionen zu der Ausbeutung in den Weltmarktfabriken der Sportartikelgiganten nutzen.

Auch Lidl bezieht Billigklamotten aus den Sweatshops und ist ja such in den letzten Jahren schon Ziel militanter und gewerkschaftlicher Proteste wegen der schweinischen Arbeitsbedingungen geworden.

Also, mögliche Angriffspunkte gibt es genug. Greifen wir sie auf und an! Jeden Monat eine andere Filiale!

Kampf dem Patriarchat! Kampf dem Imperialismus! Solidarität mit den Kämpfen der TextilarbeiterInnen in Asien und Mittelamerika! Enteignung der Herzfamilie und Entschädigung der KaffeebäuerInnen und TextilarbeiterInnen durch Umverteilung des Privatvermögens von Herz!

8.1.2005 AG Herz-infa

No G8 2007 - die Verhältnisse zum Tanzen bringen!

Begleitende Worte zum Anschlag auf das Gästehaus des Auswärtigen Amtes in Berlin-Tegel
autonome gruppen/militant people (mp)

Wir haben in der Nacht vom 16. auf den 17.10. das Gästehaus des Auswärtigen Amtes am Schwarzen Weg in Berlin-Tegel in Brand gesetzt. Es befand sich noch in Bau, Menschen wurden durch die Aktion nicht gefährdet. Wir wollen mit der Aktion die neue deutsche Außenpolitik, sprich Großmachtpolitik im ökonomischen und militärischen Sinne, offensiv angreifen. Eine der nächsten Stationen deutscher Außenpolitik wird die Inszenierung und Ausrichtung des G8-Gipfels in Heiligendamm bei Rostock sein. Dieser soll im Sommer 2007 stattfinden. Diese Treffen, die G8-Gipfel der „führenden" Industrienationen, ziehen Protest und Widerstand auf sich. Die internationalen Gruppen und Initiativen, die die Politik der G8 kritisieren oder ablehnen, sind z.B. NGO's, Bürgerrechtsgruppen, Umweltinitiativen, AnarchistInnen. Wir sind auch dabei, wir sind ein Teil dieser sozialen Bewegung. Wir ordnen unsere Aktion kritisch-solidarisch in den Rahmen der bunten Proteste gegen kapitalistische Globalisierung.

Im Juli trafen sich in einem schottischen Luxushotel in der Nähe von Glasgow die Staatschefs der acht reichsten und mächtigsten Länder der Welt zu einem informellen Meinungsaustausch. Was wurde im schottischen Gleneagles beschlossen? Wir beschränken uns auf das, was von den G8, aber auch in den meisten Medien als „Armutsbekämpfung" bezeichnet und angepriesen wurde. Wer Hunger und Armut bekämpfen will, der kann so böse nicht sein. Oder doch? Wir halten die Debatte um den Schuldenerlass als Armutsbekämpfung, welche von den G8, aber auch von der „live8"-Initiative befördert wurde, für zynische Augenwischerei. Mit Augenwischerei ist gemeint, dass es nie um einen Schuldenerlass ging, sondern maximal um eine geringe Absenkung der Schulden beim Internationalen Währungsfond (IWF) und bei der Weltbank. „Private Schulden" der Länder bei anderen Banken sind hier nicht berücksichtigt. Durch die G8-Beschlüsse müssen einige Länder jetzt ca. 1 Mrd. Dollar Zinsen pro Jahr weniger zahlen. Alle Länder des Trikonts zusammengenommen zahlen jährlich 300 Mrd. Dollar Zinsen und Tilgung. Letztendlich ist es langfristig auch profitabler, Staatshaushalte nicht vollkommen gegen die Wand zu fahren, um die Länder weiterhin ausbeuten zu können.
Zynisch ist das ganze deshalb, weil der in gönnerhafter Pose verkündete Erlass an Bedingungen geknüpft ist, die die Armut in den betroffenen Ländern langfristig eher vergrößern wird. Das „Gefesselt-Sein" an den kapitalistischen Weltmarkt wird verschärft. Schuldenerlass wird von den G8-Staaten gegenüber den Ländern des Trikonts als gesellschaftspolitisches (De-)Regulierungsinstrument eingesetzt. Für uns hat Schuldenerlass sehr viel mehr mit Gewalt zu tun als mit dem Wunsch, weltweite ökonomische Ungleichheit wirkungsvoll zu bekämpfen. Hinter der großzügigen Pose steht ein machtpolitisches Konzept zur neoliberalen Umgestaltung der Welt. Ähnlich wie bei der Kreditvergabe durch den IWF wird der Schuldenerlass an die Bedingung geknüpft, sogenannte Strukturanpassungsmaßnahmen oder -programme zu durchlaufen. Die Länder des Trikonts sollen staatliche Regulierungen abbauen, beispielsweise Subventionen für Grundnahrungsmittel. Sie sollen ihre Wirtschaft stärker für Investoren öffnen, die Ausgabe für das Sozialsystem kürzen. D.H., sie sollen die Märkte für die multinationalen Konzerne öffnen und so einer effektiveren Ausbeutung den Weg ebnen.

Der Logik des globalen, neoliberalen Projekts folgend werden alle gesellschaftlichen Verhältnisse ökonomisiert. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt wird verstärkt, für die Länder des Nordens verbessert sich die Verfügbarkeit von Naturressourcen und Arbeitskraft aus dem Süden. Die Nahrungsproduktion wurde dort zugunsten von Exportgütern wie Kaffee, Kakao oder Baumwolle massiv gesenkt. Die Entscheidung darüber, was wie produziert wird, muss aber i den Händen derer liegen, die diese Reichtümer schaffen, Die momentan allgemein gültige Logik des Raubes durch die Staaten des Nordens muss durchbrochen werden.

Auf der Südhalbkugel wurden „Hilfsprogramme" wie die der G8-Staaten mit Hunger und Krieg übersetzt, seit europäische Eroberer auf ihren Raubzügen von Ziviliation redeten, wenn sie Sklaverei und Massenmord meinten. Ein alter Hut. Und doch macht es für Lebensbedingungen und damit auch für den Widerstand einen Unterschied, wie offen gewaltförmig das Kapital und seine staatlichen Organe diese Logik umsetzten können, ob Ruhe an der Heimatfront weitgehend hergestellt ist. Unverblühmt reden die Eliten über Kosten und Nutzen der Zerstörung von Sicherheiten (gesellschaftlichen Errungenschaften) im Leben anderer Leute.
Dabei ist in der BRD 60 Jahre nach der Kapitulation Nazideutschlands auch wieder Krieg als Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen akzeptiert. Die Kriegsgeneration stirbt langsam weg. Die europäische Traditionslinke (Parteien etc.) lässt sich die Akzeptanzbeschaffung des Militärs gefallen und will in der vorübergehenden Arbeitsteilung der imperialistischen Armeen die moralische Überlegenheit des europäischen Militarismus erkennen. Selbst Teile der radikalen Linken vergessen, dass Kriege immer von den Herrschenden der Welt zu ihrem exklusiven Nutzen angezettelt wurden. Sie beißen sich an der historisch einmaligen Frontstellung gegen den NS fest, als könne mit der Wahl der „richtigen" Armee die Gefahr eines neuen Holocaust für immer gebannt werden. Während diese Opposition so gewissermaßen die Legitimation der BRD für den Angriffskrieg auf Jugoslawien nacharbeitet, geht die Salamitaktik der Herrschenden längst in die nächste Runde. Heute braucht es keinen „neuen Hitler" mehr, um so genannte deutsche Interessen militärisch durchzusetzen. Die zahlreichen Warlords und Gewaltunternehmer, die im Zuge vergangener heißer, kalter oder Stellvertreterkriege auf mächtige Posten gespült wurden, reichen bereits, um den grenzenlos gesetzten Krieg gegen den Terror zu begründen.
Doch die kriegerischen Interventionen gegen die „gescheiterten Staaten" bringen ein Legitimitätsproblem für die sich demokratisch nennenden Staaten mit sich. Welche Form von Protektorat und Marionettenregime die G8 auch immer in diesen Weltregionen installieren werden: Die Besatzung kann nicht abgewählt werden. Die Umwidmung dieses Problems in eine „Weltinnenpolitik" (Zitat Joseph Fischer) sagt viel über die Dreistigkeit dieser neuen Landnahme aus. Sie verallgemeinert den Kriegszustand als ein polizeiliches Problem. Die Militarisierung wird auch in den reichen Ländern des Nordens zunehmend alltäglich. In der neuen europäischen Verfassung wird Aufrüstung zur nationalen Verpflichtung erklärt. Koordiniert wird das von der „Europäischen Verteidigungsagentur" (EDA), deren Aufgabe u.a. die Stärkung und Konzentration der europäi-

sches Rüstungsindustrie ist. Für die Außen- und Verteidigungspolitik der EU sind keine Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse des EU-Parlaments vorgesehen. Der wiedererstarkende militärisch-industrielle Komplex baut seine Eigenständigkeit aus. Das deutsche KSK tötet seit Jahren in Afghanistan wen sie wollen und schweigt dazu. Vorbei am Friedensgefasel der Bundesregierung baut der Daimler-Rüstungskonzern EADS seit Jahren seinen Laden aus und bewirbt sich u.a. für die Produktion von Hubschraubern und Tankflugzeugen für die US-Armee.
Keine politische Partei stellt den Kapitalismus, das Gesetz des Marktes, für das auch der Tod nur eine Ware ist, heute noch in Frage. Die Funktion des Staates verengen sich auf Kontrolle und Repression der Bevölkerung. Die Kriegslogik hält Einzug ins Soziale. MigrantInnen müssen in der BRD mit Sondergesetzen und Einschränkung ihrer BürgerInnenrechte leben. In der EU werden Zonen der extremen Armut und Rechtlosigkeit für die Unerwünschten geschaffen. Schon werden Stimmen laut, mit anderen „Unproduktiven", also zum Beispiel ALG 2 EmpfängerInnen, ähnlich zu verfahren. Die Phase der nationalen Beschwichtigung ist vorbei, ohne dass die alten Herrschaftsinstrumente aufgegeben werden. Die Aufsplitterung in Have- und Have-Nots ist alles andere als farbenblind und geschlechtsneutral, die neuerliche Verdrängung und Abwertung der Arbeit von Frauen privatisiert deren Armut, macht sie unsichtbar. Andere soziale Konflikte werden ethnisiert, nicht-deutsche Männer zum Sicherheitsproblem umdefiniert. Plötzlich fehlen nicht mehr Perspektiven und Jobs, sondern Überwachungskameras und Knäste.
Eine wichtige Aufgabe der Proteste gegen den Abbau sozialer Rechte liegt darin, die Empörung derjenigen, die sich bislang gegenüber diesen Mechanismen der Deklassierung auf der sicheren Seite wähnten- weil Mann oder weiß oder Facharbeiter- aufzugreifen. Um den chauvinistischen Fluchtweg abzuschneiden, sollten diese Proteste mit den Kämpfen von MigrantInnen konfrontiert werden. Die Hauptlast an Gewalt und Verelendung haben immer noch diejenigen zu tragen, die außerhalb der schwerbewachten Festung Europa leben. In den Weltmarktfabriken, in krisennahen Flüchtlingslagern oder Touristenbordellen.
Erstaunlicherweise haben Jahrzehnte der ökonomischen Kriegsführung samt „low-intensity-wars" bis hin zum aktuellen Krieg gegen den Terror es nicht geschafft, den Widerstand auf ein gut-böse Schema zu beschränken und festzulegen, immer wieder formulieren Basisgruppen, Frauen- und Umweltinitiativen etc. Alternativen zum Krieg „Alle gegen Alle" der kapitalistischen Globalisierung. Von den ZapatistInnen in Mexiko ging vor zehn Jahren der Aufruf zu einer intergalaktischen Vernetzung der sozialen Kämpfe aus. Der G8-Gipfel in der BRD 2007 bietet uns als Symbol selbsternannter Weltherrschaft die Chance, unseren Beitrag zu einem weltweiten, in aller Vielfalt egalitären Kampf um Freiheit und Würde neu zu entwickeln. Nach Jahren der berechtigten Kritik am Paternalismus bzw. an der Über-Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont wollen wir wieder eine internationalistische Perspektive entwickeln, die den Imperialismus auf der Höhe der Zeit begegnen kann. Wie groß der Nachholbedarf an dieser Stelle ist, lässt sich an der Sprachlosigkeit ermessen, mit der wir in diesem Jahr auf die G8-Entschuldungspropaganda reagierten.
Wir begrüßen hier den Vorschlag der autonomen Gruppe a.u.g.u.s.t. 2005 für eine breite, auch militante Kampagne gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm bei Rostock (siehe interim 622 vom 15.9.2005). Die Gruppe a.u.g.u.s.t. 2005 hatte im August, im Anschluss an den G8-Gipfel in Schottland das Auto des Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie, Werner Marnette, vor seiner Villa in Hollenstedt bei Hamburg in Brand gesetzt. Sie haben vorgeschlagen, in den nächsten zwei Jahren an konkreten praktischen Interventionen zu diskutieren, wie wir „Strukturen kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung angreifen können". Ihrem „Hoffentlich auf bald!" können wir uns anschließen.
Gegen den G8-Gipfel in der BRD formiert sich schon jetzt vielfältiger Widerstand, den wir, im Unterschied zur militanten gruppe (mg), nicht als eine von uns getrennte Organisierungsebene sehen. Die verschiedenen Gruppen und Netzwerke werden in der Mobilisierung gegen den Gipfel gemeinsame Erfahrungen machen und somit verschiedene Diskussionen forcieren und auslösen, d.h. sich gegenseitig beeinflussen. Unsere Aktion verstehen wir in diesem Sinne als einen Debattenbeitrag für eine „offene militante Plattform". Vielleicht wäre der Begriff „offene militante Backform" treffender, da er sehr viel mehr auf den Prozess der Veränderung verweist: „Militante Backform - da geht noch was!"
Plattform klingt in gewisser Weise überhöht und statisch und eher nach Beton als nach Kuchen. Aber wir beharren nicht auf dem Begriff Backform.

Wichtig ist uns dagegen, dass anerkannt wird, dass noch weit mehr Gruppen als den wenigen klandestin und militant agierenden daran gelegen ist, eine Situation herzustellen, in der eine revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse machbar wird. An dieser Stelle scheint uns die mg mehr mit ihrer eigenen Strategie im Widerspruch als mit uns. An Autonomen kritisieren sie die nicht vorhandene Kontinuität, wenn aktuelle Themen aufgegriffen werden, zu denen dann militant agiert wird. Diese Kritik finden wir berechtigt. Aber die mg macht's nicht anders. Weniger als an dem stufen weisen Aufbauprozess, den sie aus ihrer strikten Trennung der Ebenen (Basisgruppen, militante Gruppen, bewaffnete Gruppen, Partei) ableitet, orientiert sie sich an den verschiedenen Themen, die aus sozialen Bewegungen kommen. Die mg agiert darin so sprunghaft wie wir. Aus der Vielfalt ihrer Angriffsziele können wir keine „originäre Linie" erblicken. Das kennen wir von uns auch, sehen es jedoch nicht als Defizit. Denn für uns kann die Auseinandersetzung mit Ideen, die aus anders agierenden Teilen der Bewegung kommen, durchaus fruchtbar sein.
Es ist mal wieder an der Zeit, die Reichtümer der Welt zurückzufordern und das Gesetz des Raubes außer Kraft zu setzen. Die G8 sind durch Kolonialismus und Versklavung des Südens entstanden, ohne Ausbeutung und Unterdrückung wären sie heute nichts. Wir sehen keinen Grund, den G3-Staaten ihre Schulden beim Rest der Welt zu erlassen. An den Vorschlägen für die notwendigen Strukturanpassungsmaßnahmen in Form von Räten und DeligiertInnen-Modellen arbeiten wir. Für's erste möchten wir uns mit einigen materiellen Korrekturen begnügen:
- Reperationszahlungen an die Nachkommen der von kolonialen Kriegen zerrütteten Communities!
- Sofortige Erfüllung diesbezüglicher Forderungen der Herero und Nama im heutigen Namibia anlässlich des 100 Jahre zurückliegenden Aufstands gegen „Deutsch-Südwest-Afrika"!
- Begrüßungsgeld für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in die ehemaligen Koloniestaaten verlegen wollen!
- Entschädigung der Opfer des deutschen Faschismus und Militarismus!
- Weg mit Bundeswehr und Nato!

autonome gruppen / militant people (mp), Oktober 2005

Mut zur Lücke

Aktionsbericht vom diesjährigen Castortransport nach Gorleben

Spürbare Auswirkungen eines Klimawandels, Hurrikan Katrina, enorm gestiegene Energiekosten, ein Koalitionsvertrag, der sich nicht über den Neubau von Atomanlagen einigen kann, all das hat dazu geführt, dass es in der BRD wieder eine breite Debatte über das Thema Energiepolitik gibt. Vielleicht lässt es sich so erklären, dass sich am diesjährigen Widerstand gegen den Castortransport in das Zwischenlager Gorleben weitaus mehr Menschen beteiligten als noch im vorigen Jahr.
Die Scheunencamps im Wendland stießen an ihre Kapazitätsgrenzen. Neben den schon seit Jahren genutzten Scheunen mussten diesmal noch weitere geöffnet werden, zahlreiche Kleingruppen fanden in Privathäusern einen wärmenden Unterschlupf. Entgegen den Abgrenzungsbedürfnissen in den 1990er Jahren fanden sich an vielen Punkten AktivistInnen verschiedenster Aktionsformen zusammen, die sich bei ihrem geschäftigen Treiben nicht durch unterschiedliche Aktionsansätze behindern ließen. In Metzingen hatte sich neben der hervorragenden veganen Volxküche aus Hannover die Anti-Castor Ortsgruppe mit einem Spanferkel aufgebaut, gleich dahinter fand sich der Anlaufpunkt der Motorradgruppe "Kuhle Wampe". Und ob Spanferkel oder Kartoffelsuppe, beim traditionellen St.-Martin-Laternenumzug auf der B216 fanden sich alle Geschmacksrichtungen zusammen auf der Straße wieder, um diese für mehr als eine Stunde zu blockieren. Am Ende brannten unvermutet und zur Freude aller mitten im Ort auf der Bundesstraße mehrere Heuballenbarrikaden.

Auch die Rallye Monte Göhrde III, bei der es darum ging, im großen Waldgebiet der Göhrde so häufig wie möglich die Castor-Schienen zu überqueren, war mit mehreren hundert TeilnehmerInnen hervorragend besucht. Schon im Verlauf dieser Veranstaltung zeigte sich, dass die Polizeieinsatzleitung auf Biegen und Brechen versuchte die Anzahl der eingesetzten Beamten zu reduzieren. Dieser "Mut zur Lücke" führte letzten Endes dazu, dass in der Göhrde viele der Barrikaden auf den Wegen zu den Schienen unangetastet blieben und diesmal nur eine Hand voll Blockaden geräumt wurden, also nur ausgewählte Wege befahrbar gehalten wurden.

Die Zeit, die bei dem diesjährigen Castortransport noch auf der Schiene gewonnen schien, verlor die Einsatzleitung umgehend wieder auf der Straße, die aus Kostengründen erheblich schwächer gesichert wurde. Dieses Konzept hatte zur Folge, dass zahlreiche Aktionsgruppen auf die Transportstrecke kamen. In Quickborn und Grippel seilten sich Robin-Wood-AktivistInnen von Bäumen ab, in Langendorf ketteten sich Menschen an zwei Leichenwagen, in Gußborn brannten Heuballenbarrikaden, in Grippel versperrten zwei Traktoren beinahe zehn Stunden lang die Transportstrecke, in Gorleben gab es zeitweise bis zu vier Sitzblockaden mit insgesamt rund 1.000 BlockiererInnen. Noch bei keinem vorherigen Transport gab es so viele erfolgreiche Aktionen auf der Straße. Mit der Konsequenz, dass der diesjährige Transport erstmals seit 2001 nicht schneller als der Vorjahrestransport durchgesetzt werden konnte. Der Castor erreichte in den Abendstunden den Verladebahnhof. Aber erst nach einem Zeitverlust von zehn Stunden konnte der Transport am Dienstagmorgen auf der Straße losfahren.

Dass die Einsatzleitung auf die qualitative Zunahme der Aktionen nicht vorbereitet war, verwundert, denn schon im Vorfeld zeichnete sich ein konzentrierterer Widerstand ab. Ende September brannte ein Polizeicontainerdorf in Woltersdorf für rund 600 Beamte komplett nieder. Anfang November wurde der Verkehr zwischen Hannover und Berlin sowie Hamburg und Berlin durch mehrere Hakenkrallen zum Erliegen gebracht, und auch in der Transportnacht wurde laut Frankfurter Rundschau die Transportstrecke bei Hannoversch Münden durch Hakenkrallen beschädigt, und bei Quickborn wurde eine sogenannte Wasserlanze gefunden, mit der es möglich gewesen wäre, die Straßentransportstrecke komplett zu unterhöhlen.
Auf der Auftaktdemonstration am 5.11.05 fanden sich mit mehr als 5.000 TeilnehmerInnen mehr Menschen ein als von den OrganisatorInnen im Vorfeld erhofft.
Auch über die Aktionen, die im gesamten Bundesgebiet an der Transportstrecke stattfanden, wurde in der Presse kaum berichtet. Obwohl: Der Castor stand 92 Minuten im Wald von Bietigheim-Bissingen an einer Blockade. Mahnwachen gab es unter anderem in Kassel, Hannover, Fulda, Würzburg, Bebra, Rothenburg, Witzenhausen und Buchholz. In Göttingen gelang es durch zwei Schienenblockaden, den Zug für ca. 30 Minuten aufzuhalten. In Bienenbüttel südlich von Meudelfitz und Lüneburg schafften es Gruppen von 10 bzw. 300 Menschen, die Gleise zu sitzblokkieren. In der Nähe von Harlingen gab es ebenfalls zwei Blockaden mit bis zu 300 Personen.
Dass all dies von der Presse kaum zur Kenntnis genommen oder auf das Niveau einer Sportberichterstattung heruntergewürdigt wurde, ist gerade angesichts der virulenten energiepolitischen Debatte nur schwer nach zu vollziehen. Im Gegensatz dazu ist der Castortransport zumindest auf polizeiinternen Internet-Foren umstrittenes Thema. Gegenstand der Debatte dort sind zumeist die Sparmaßnahmen, durch die sich zahlreiche Beamte allein im Wald stehen gelassen fühlten. Die Jugendorganisation der Gewerkschaft der Polizei fordert gar, den Wiedereinstieg in die Atomenergie zu verhindern und andere Transportmittel als den Castor zu suchen, die leichter zu sichern seien.

Trotz alledem sprach die Polizeieinsatzleitung in ihrer Abschlusspressekonferenz von einem zahlenmäßig geringeren Widerstand. Bei den VertreterInnen der verschiedenen Camps und Aktionszusammenhänge stießt diese Lesart der Ereignisse allerdings auf Unverständnis. Bei Niedersachsens Innenminister Schünemann jedenfalls ist das Signal der diesjährigen Widerstandsaktionen angekommen:
Er fordert den Transport 2006 auf Grund der hohen Arbeitsbelastung der Polizei während der Fußball WM auszusetzen. Ein Schritt in die richtige Richtung - erst einmal. Herr Schünemann sei an dieser Stelle daran erinnert, dass 2007 der ebenfalls arbeitsintensive G8-Gipfel im Nachbarbundesland Mecklenburg Vorpommern stattfindet und 2008 ...
Manche, zumal CDU-Minister, schaffen den Atomausstieg eben leider nur in kleinen Schritten.

Elke Sommer-Seitenschläger
aus analyse&kritik 501

Der Atomlobby die Krallen zeigen

Im Vorfeld des nächsten Castortransports nach Gorleben haben wir am 2. November auf mehreren Hauptstrecken der Bahn Hakenkrallen in die Oberleitungen gehängt, um die Bahn als Profiteurin und willfähige Unterstützerin von Atomtransporten anzugreifen.

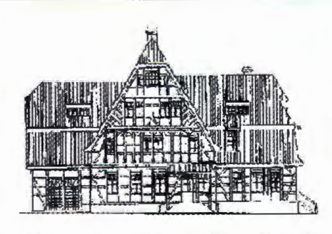
Wir gedenken mit dieser Aktion dem französischen Aktivisten Sebastien Briat, der am 7. November 2004 getötet wurde. Während des letzten Castortransports aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlagen in La Haque nach Gorleben hatte Sebastien mit seiner Gruppe versucht, den Atommüllzug in Lothringen zu stoppen. Dabei wurde er von der mit unverminderter Geschwindigkeit durchrasenden Lok des Castorzugs erfasst und überrollt.

Wie wir den anschließenden Untersuchungen und insbesondere einer Erklärung seiner WeggefährtInnen entnehmen, wurde der Zug auf diesem Streckenabschnitt weder von einem Hubschrauber begleitet noch wurde der Lokführer zu Langsamfahrt angewiesen, obwohl es in dieser Region bereits mehrfach zu Blockadeaktionen auf den Gleisen gekommen war. Die Stoppergrupppe der sorgfältig vorbereiteten Aktion konnten den Zug nicht warnen und so fuhr der Zug mit rund 100 km/h auf die vier am (neben) dem Gleis liegenden (noch nicht angeketteten!) AktivistInnen zu. Bei der Flucht von den Gleisen erfasste die Lok Sebastien.

Sebastiens Tod hat uns schmerzlich daran erinnert, dass die Vertreter und Profiteure dieser lebensfeindlichen Herrschaftstechnologie unbeeindruckt über Leichen gehen. Beim Uranabbau, bei der Durchsetzung und beim Betrieb von AKW, bei der Wiederaufarbeitung, bei der Lagerung und beim Transport von Atommüll - Kapitalismus tötet.

Wut und Trauer in Widerstand!
Für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen und der herrschenden Klasse!

c.r.o.c.h.e.t.



Meuchefitzer Gasthof

Im Besitz der Belegschaft
Tagungshaus + Kneipe + Restaurant
Bio-Landwirtschaft mit Tieren

29482 Meuchefitz
Haus Nr. 12

Fon: 05841-5977
Fax: 05841-6976

Mail: meuchefitz@t-online.de
Web: http://www.meuchefitz.de/



Literatur & Politik

Schulterblatt 55
20357 Hamburg
Tel. 040 – 430 08 08
Fax. 040 – 430 16 37
info@schanzenbuch.com
www.schanzenbuch.com

Unsere Öffnungszeiten:

Montag – Freitag
9.30 Uhr – 19.00 Uhr

Samstag 10 – 18 Uhr



Flora Programm

Januar 2006

Mi 11.01.
Flora-Kino im Rahmen des artcafés:
Flucht nach Europa

Fr 13.01. 23 Uhr
Rootsrunner Bearthday-Bashment.
Luner Tones meets Big Tree.
A night with Reggae in al kind of style.

Fr. 20.01.
(Kleine) Disco Ausstellung

Sa 21.01. 22 Uhr
Soliparty für antirassistische Praxis
"Sie sollen durchkommen" war der Titel der Oktoberausgabe der Zeitschrift Analyse+Kritik als Kommentar zu den kollektiven Grenzstürmungen in Südeuropa.
Wir schließen uns dieser Solidaritätsbekundung an.
Die Grenzen müssen weg!
Gemeinsam gegen Rassismus!
Keller: Elektro
Leoncavallo: Drum'n'Bass

So 22.01. Einlass19 Uhr, Beginn 20 Uhr
Konzert mit "This bike is a pipe bomb" (alkoholischer Punkrock Richtung "Against me") + "Among Lions" (Emorock so grob die Ecke "Jawbreaker") + Peters (durchgeknallter Post-Indierock mit Tanzschuhen an)
mehr Infos unter: www.pinkentertainment.com

Sa 28.01. 22 Uhr
Die neue Offensive: 80er Party
von Nena bis Depeche Mode, von Billy Idol bis The Cure
plus Punkrock und Indie-Keller
Prozeßkostensoli für Menschen, die zu langsam sind ....

Februar 2006

Do 02.02. 21 Uhr
Konzert mit "Traktor" (San Diego Style Hardcore, Sverige) vs. "Bionic Ghost Kids" (electrothrashscream, BRD)

Sa 04.02. 22 Uhr
Drum'n'Bassplus Reggae Flora-Soli-Party.

Fr 10.02. 21.30 Uhr
HC/Punk-Konzert mit "PK 16" (HC/Punk, Hamburg), "Hynkel Overskaeg (Punk, Hamburg) und "Pestfest" (Punk, Flensburg)
Anti-Repressions-Soli-Veranstaltung

Sa 11.02. 22 Uhr
Silly Walks Sound System and friends

Sa 18.02.
Konzert mit "Puget Sound", "Yenijerever" und "Kurhaus"
mehr Infos unter: www.pinkentertainment.com

Do 23.02.
HC-Konzert mit "The Holy Mountain" (HC), "Asschapel (HC-Metall) und "Lowboat" (Ex-Zeroid)

Fr. 24.02.
Konzert mit vier Bands
Achtet auf Ankündigungen

Sa 25.02.
Lollipop
LesBiSchwule Benefiz-Party
Achtet auf Ankündigungen.

Regelmässige Termine

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 17 - 19 Uhr